

Krise und Arbeitszeit



- 5** Kurzarbeit oder Arbeitszeitverkürzung
- 6** EU Arbeitszeit-Richtlinie Wachsamkeit ist notwendig
- 9** Jetzt werden die Pflöcke eingeschlagen
- 14** Siemens SIS&CT Kampf geht weiter
- 15** Der Chef kam mit der Hundepfeitsche
- 19** Bahn von unten

Arbeitszeitverkürzung statt Kurzarbeit

Schon über 60.000 Beschäftigte haben Kurzarbeit, das Kapital nützt die Krise um AMS-Geld anzuzapfen, Förderungen und Haftungen herauszuschlagen und die Produktivität weiter zu steigern. Gleichzeitig wächst die Teilzeitbeschäftigung weiter. Der ÖGB hingegen hat sich von der 35-Stundenwoche verabschiedet und setzt auf Flexibilisierung. Dabei wäre eine Neuverteilung der Arbeit durch eine Arbeitszeitverkürzung das Gebot der Stunde, natürlich mit vollem Lohnausgleich.

Zitate die alles sagen...

Die Festsetzung eines normalen Arbeitstags ist das Resultat eines vielhundertjährigen Kampfs zwischen Kapitalist und Arbeiter.

Karl Marx, Das Kapital

...pragmatisch verhalten sich die österreichischen Gewerkschaften, die ungeachtet ihrer öffentlichen Bekundungen seit vier Jahren mit der Aufweichung der Flächentarife und der Flexibilisierung der Arbeitszeit einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbskraft der Unternehmen leisten...”,

Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 10. August 1998

Weniger gut ist auch, dass aus Gründen der Geldbeschaffung die Kurzarbeit oft weit über die unmittelbar betroffenen Betriebs- teile hinaus ausgedehnt wird und vor allem im Angestellten- Bereich wesentliche Leistungsträger Mehrleistung erbringen müssen und dafür noch durch Gehaltskürzung bestraft werden.

Fritz Sulzbacher, Angestellten-BRV voestalpine, Die Blechtrommel, Juni 2009

Impressum:

Herausgeberin: Karin Antlanger

Verleger: Fraktion Gewerkschaftlicher Linksblock im ÖGB (GLB).

Redaktion: Leo Furtlehner, Franz Grün, Oliver Jonischkeit, Anita Kainz, Susanna Lindner, Hubert Schmiedbauer, Lilian Stadler

MitarbeiterInnen dieser Nummer: Karin Antlanger, Werner Beier, Gerhard Eder, Robert Eiter, Leo Furtlehner, Michael Graber, Lutz Holzinger, Oliver Jonischkeit, Anita Kainz, Siegfried Pötscher, Hubert Schmiedbauer, Linda Sepulveda

Fotos: GLB-Archiv, ÖGB, Transform

Cartoon: Karl Berger

Lektorat: Anita Kainz, Lilian Stadler, Susanna Lindner

Grafik, Satz und Layout: Franz Grün

Druck: Druckerei Luigard, 1100 Wien, Johann-Pölzer-Gasse 3.

Redaktionsadresse: Redaktion „Die Arbeit“, 1110 Wien, Hugogasse 8

Mail: arbeit.glb@gmx.at, office@glb.at, Web: www.glb.at

ZVR-Nummer: 783265801

Bestellungen: Schriftlich an den GLB im ÖGB (Adresse siehe rechts). Bei Zuschriften an die Redaktion Absender angeben. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion oder des Gewerkschaftlichen Linksblock übereinstimmen.

Einzelpreis: 1 Euro. Im GLB-Mitgliedsbeitrag ist das Abo inkludiert. Das Redaktionsteam arbeitet ehrenamtlich, Druck und Versand kosten jedoch Geld. Spenden sind willkommen!

Bankverbindung: BAWAG 03410 665 190 (BLZ 14.000)

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 30. Juni 2009

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 27. Oktober 2009 mit Schwerpunkt: **Rechtsentwicklung und Gewerkschaften**

LeserInnenbriefe sind willkommen! (Kürzung vorbehalten)

Kontakt

GLB-Bundesleitung

Hugogasse 8, 1110 Wien, +43 664 61 45 012, office@glb.at, www.glb.at

GLB-ÖGB

Laurenzerberg 2, 1010 Wien, +43 1 53 444 308 oder 309, oliver.jonischkeit@oegb.at

GLB-GdG

Elterleinplatz 6/2. Stock, 1170 Wien, +43 1 40 76 936, glb-gemeinde@inode.at, www.glb-gemeinde.at

GLB-GMTN

siehe GLB-ÖGB, +43 316 712436

GLB-GPA-DJP

siehe GLB-ÖGB, +43 664 61 45 012

GLB-GPF

siehe GLB-ÖGB, +43 664 465 33 83, roho64@aon.at

GLB-vida

Margaretenstraße 166, 1050 Wien, +43 1 54 641 296, franz.gruen@vida.at, www.glbvida.at

GLB-Kärnten

Ludwig-Walter-Straße 29, 9500 Villach, +43 4242 31 091, glb@kpoe-villach.at

GLB-Niederösterreich

Andreas Hofer-Straße 4, 3100 St. Pölten, +43 2742 710 74 0, lipress@aon.at

GLB-Oberösterreich

Melicharstraße 8, 4020 Linz, +43 732 65 21 56, glb@gmx.org

GLB-Salzburg

Elisabethstraße 11, 5020 Salzburg, +43 662 87 22 44, glb.salzburg@aon.at

GLB-Steiermark

Lagergasse 98a, 8021 Graz, +43 316 71 24 36, glb.stmk@kpoe, http://steiermark.glb.at/-graz.at,

GLB-Tirol

Gumpstraße 36, 6020 Innsbruck, +43 6606882875, glb@imzoom.info, www.imzoom-info

GLB-Vorarlberg

p.A. Roland Schmid, Achsiedlungsstraße 33, 6900 Bregenz, +43 676 497 63 38, glb.vorarlberg@vol.at

GLB-Wien

siehe GLB-ÖGB, +43 664 61 45 012

Inhalt

| | Seite |
|--------------------------------------------------------|-------|
| Arbeitszeit und Wirtschaftskrise | 4 |
| Kurzarbeit oder Arbeitszeitverkürzung | 5 |
| EU Arbeitszeit-Richtlinie Wachsamkeit ist notwendig | 6 |
| Die Kunst der Kurzarbeit | 7 |
| Abkehr von 35-Stunden-Woche Ein Schritt zurück | 8 |
| Jetzt werden die Pflöcke eingeschlagen | 9 |
| Mitbestimmung im ÖGB | 10 |
| AK-Wahl 2009: Eine Bilanz | 11 |
| AK-Wahl 2009: GLB gestärkt | 12 |
| Berichte aus AK Wien und Stmk | 13 |
| Siemens SIS&CT Kampf geht weiter | 14 |
| Der Chef kam mit der Hundepetische | 15/16 |
| Manager im Prämienrausch | 17 |
| Wiener Linien – Kündigung rechtsunwirksam | 18 |
| Bahn von unten | 19 |
| Klare, kantige, linke Interessenspolitik notwendig | 20 |
| BR-Wahl ÖBB Enttäuschung für den GLB | 21 |
| AR-Tipp: Kurzarbeit | 22 |

Wir danken!

Nach dem Erscheinen der letzten Nummer der „Arbeit“ haben wir die BezieherInnen mit einem Spendenbrief „beglückt“, der sehr positiv aufgenommen wurde, wie die zahlreich eingegangenen Spenden zur Finanzierung der „Arbeit“ beweisen. Wir danken an dieser Stelle allen, die uns mit ihrer Spende unterstützt haben.

Redaktion „Die Arbeit“

Editorial

Von Karin Antlanger
Juristin und
Sozialpädagogin
Betriebsrats-
Vorsitzende
EXIT-sozial Linz
Bundesvorsitzende des GLB



Alles beim Alten – keine Bewegung am Laurenzerberg

Die berechtigten Hoffnungen vieler Gewerkschaftsmitglieder, dass im Zuge der Aufarbeitung des BAWAG-ÖGB Desasters ein Demokratisierungsprozess innerhalb des ÖGB in Gang kommen würde, sind begraben. Der 17. ÖGB-Bundeskongress verlief wieder so, als ob nichts gewesen wäre.

Zum Zeitpunkt der Abstimmung über die Statuten waren bereits viele stimmberechtigte Mitglieder nicht mehr anwesend, sodass so lange abgestimmt wurde, bis das von der ÖGB-Spitze gewünschte Ergebnis herauskam. Das beschlossene Grundsatzprogramm enthält viele gute und richtige Feststellungen und Forderungen – alleine der Verzicht auf Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn entwertet es bis zur Unbrauchbarkeit.

Die Wahl einer Bundeskontrolle, in der die Frauenquote nicht eingehalten ist, zeigt, wie egal den ÖGB-Granden die Frauenquote tatsächlich ist. Immerhin ist es gerade Aufgabe der Kontrolle, die Einhaltung der Frauenquote in allen ÖGB-Gremien zu prüfen. Wie soll die Bundeskontrolle in dieser Frage ernst genommen werden, wenn sie selbst sich nicht an die Einhaltung der Quote hält?

Die von vornherein kurzen Zeiten für Diskussion wurden durch lange Podiumsdiskussionen und noch viel längere inszenierte Vorstellungen einzelner Kapitel des Grundsatzprogramms nochmals reduziert. Das alte Motto „Mehr Moderation – weniger Diskussion“ kam wieder voll zum Durchbruch. Nur dass diejenigen, die das Grundsatzprogramm noch nicht gelesen hatten, auch bei der Vorstellung desselben nicht zuhörten.

Und wenn auch führende GewerkschafterInnen von Systemwechsel, Kampfbereitschaft und Frauenförderung sprechen – es ist eindeutig erkennbar: Sie meinen es nicht so, weil im nächsten Halbsatz sofort kommt ein „aber“.

Es gibt Menschen, die Angst haben vor Veränderung, vor Unsicherheiten, vor Neuem. Dies sind Menschen, die sich sicher und geborgen fühlen, wenn immer alles beim Alten bleibt, sich nichts ändert und sie nicht gefordert sind, selbst etwas Neues auszuprobieren. Genau für solche Menschen ist ein ÖGB-Bundeskongress das Richtige. Hier können sie sich heimelig und geborgen fühlen, denn ein solcher Kongress ist ein wahrer Hort der Erstarrung. Das wird sich auch in den nächsten Jahren nicht so schnell ändern.

Arbeitszeit und Wirtschaftskrise

Von Lutz Holzinger

Freiwilliger Lohnverzicht, Kurzarbeit und Kündigungen sind die Mittel, zu denen die Unternehmen in der Realwirtschaft greifen, um die von der Finanzindustrie ausgelöste Wirtschaftskrise zu bekämpfen. Tatsächlich handelt es sich dabei nicht um Heilmittel, sondern um Drogen, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten weiter verschärfen.

In der Debatte über die Ursachen der aktuellen Wirtschaftskrise verheddern die meisten Experten sich in der Frage, ob dieses Debakel vorherzusehen und zu verhindern gewesen wäre. Schuld an der Misere wird vor allem mangelnder Regulierung und Kontrolle der Akteure auf den Finanzmärkten gegeben, denen zum Teil überbordende Gier nachgesagt wird.

Langzeitoffensive des Kapitals

Bei vorurteilsloser Analyse stellt sich jedoch heraus, dass es sich bei dem von Spekulationen aller Art ausgelösten Zusammenbruch des Kredit-systems – zunächst in den USA und dann weltweit – um das Ergebnis überbordender Profitakkumulation gehandelt hat. Der seit dem Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ gestartete Rückgang der Lohnquote verbesserte die Verwertungsbedingungen des Industriekapitals in einem Ausmaß, dass die Erträge mangels einer parallelen Entwicklung der Massenkaufkraft nicht in die Produktion investiert werden konnte.

Zwangsläufig sind die Geldrücklagen der Unternehmen nicht nur gewaltig angestiegen, sondern verlangten überdies nach profitabler Verwertung. In dieser Situation bot der Finanzsektor sich mit dem nicht realisierbaren Versprechen an, aus Geld mehr Geld machen zu können. Das verlangte den Banken schließlich immer gewagtere Eskapaden und Konstruktionen ab, mit denen sie schließlich beginnend im Sommer 2007 baden gingen.

Gleichzeitig hat sich seit Anfang der

90-er Jahre die Produktivität der lebendigen Arbeit in Industrie und Dienstleistungssektor, vor allem durch den Siegeszug der EDV in Büro und Werkhalle, enorm weiterentwickelt. Der gleichzeitig erfolgte Rückgang der Lohnquote zeigt, dass die Einkommen der Unselbständigen von dieser Entwicklung abgekoppelt wurden. Ausschlaggebend dafür waren zwei Strategien der Unternehmen im Rahmen der Langzeitoffensive des Kapitals, die Siegeszug des Neoliberalismus genannt wird.

* Erstens ist es der Unternehmenseite gelungen, die Fachgewerkschaften von der Forderung abzubringen, in den Lohnverhandlungen neben der Inflation auch die gestiegene Produktivität abzugelten.

* Zweitens hat es die Unternehmenseite zusätzlich geschafft, die Gewerkschaftsbewegung in Österreich und ganz Europa dazu zu bewegen, einer Flexibilisierung der Arbeitszeit und der Beschäftigungsverhältnisse zuzustimmen.

Die Kombination dieser beiden Momente hat dazu geführt, dass die Reallöhne in Österreich (und mehr oder weniger in der gesamten Europäischen Union) seit Beginn der 90-er Jahre stagnieren. Gleichzeitig ist der gewerkschaftliche Kampf für eine weitere Arbeitszeitverkürzung, der nach dem Einstieg in die 35 Stunden Woche in der zweiten Hälfte der 80-er Jahre aussichtsreich erschien, völlig eingeschlafen.

Working Poor statt Vollbeschäftigung
Trotz weiter steigenden ökonomischen



Wachstums und volkswirtschaftlichen Reichtums blieb Vollbeschäftigung ein uneingelöstes Versprechen. Statt dessen wurde in der betrieblichen Praxis die Arbeitszeit massiv verkürzt, allerdings ohne die Normalarbeitszeit zu berühren. Statt dessen wucherten prekäre Beschäftigungsformen wie erzwungene Teilzeit, Leiharbeit, Scheinselbständigkeit, geringfügige Beschäftigung usw. Der Papierform nach stieg dadurch das Beschäftigungsniveau. Jedoch um den Preis, dass die Zahl der Lohnabhängigen wuchs, die mit ihrem Einkommen nicht auskommen können (Working Poor).

Nachdem die Überakkumulation von Kapital (und die massive Schmälerung der Massenkaufkraft, die übrigens wesentlich stärker als Profite das Wirtschaftswachstum ankurbelt) die herrschende Krise ausgelöst hat, kommen nun die Unternehmer und behaupten, Lohnverzicht, Kurzarbeit und Kündigungen seien geeignet, die aktuellen Probleme zu lösen. Wer die Losung „Wir zahlen nicht für eure Krise“ ernst nimmt, kann über dieses Ansinnen nur lachen.

Aus der Sicht kämpferischer Gewerkschafter ist der Zahltag gekommen: Auf die Tagesordnung gesetzt gehört Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich auf breiter Front. Nur so kann der über Jahre hinweg nicht abgegoltene Produktivitätszuwachs herausgeholt und die längst fällige Steigerung der Reallöhne realisiert werden.

Lutz Holzinger
ist Journalist in Wien

die Arbeit 3/09

Kurzarbeit oder Arbeitszeitverkürzung?

Von Anita Kainz

Schon lange vor der Finanzkrise forderten die Unternehmen flexiblere Arbeitszeiten. Jetzt in der Krise wurde die Kurzarbeit bis zu 24 Monate möglich, um noch mehr Kündigungen zu verhindern. Viele Unternehmen nutzen aber jetzt die schlechte Wirtschaftslage, um den Betriebsrat zu erpressen, Kurzarbeit oder Lohnkürzungen zuzustimmen.

Sogar Stefan Schulmeister (Mitinitiator des Volksbegehrens „Sozialstaat Österreich“) sagt in einem Interview in der Solidarität: „Die Anreize zu Kurzarbeit gehören verstärkt. Im Vergleich zum Vorjahr ist in Österreich die Zahl der Arbeitslosen um 30 Prozent gestiegen. In Deutschland ist das nicht passiert. Und das, obwohl die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland sogar noch schlechter ist. Warum? Dort wird Kurzarbeit mehr genutzt. In Deutschland zahlen Unternehmen nur die tatsächlich erbrachten Arbeitsleistungen.“

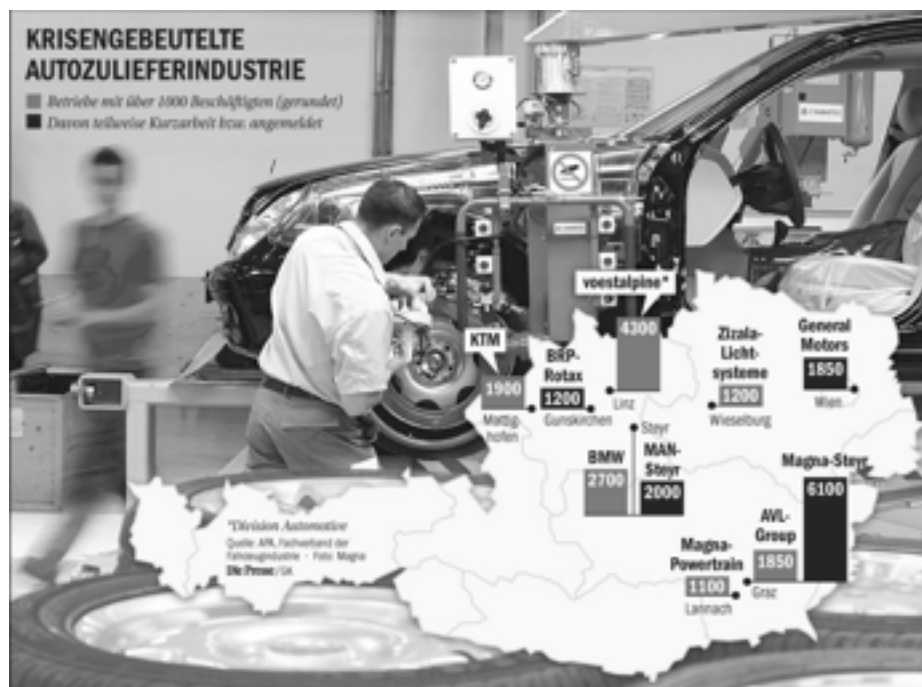
Das bedeutet, die Unternehmen gehören in Österreich noch mehr entlastet, damit immer mehr ArbeitnehmerInnen kurzarbeiten. Im Beschäftigungspaket II soll daher das neue Kurzarbeitsmodell für Betriebe noch attraktiver gemacht werden. Das AMS übernimmt ab dem siebten Monat der Kurzarbeit die Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge und entlastet die Firmen. Doch diesen ist die Kurzarbeit trotzdem zu teuer.

Besonders Industriebetriebe beginnen ihr Personal lieber vorübergehend zu kündigen. Ende Mai stieg die Zahl der Arbeitslosen mit Wiedereinstellungszusagen um über 20 Prozent. Laut Arbeiterkammer müssten die Betroffenen mindestens 28 Wochen arbeiten, um wieder den vollen Arbeitslosengeldanspruch zu bekommen. Außerdem würden Unternehmen nach der Unterbrechung oft nur zu schlechteren Bedingungen wiederanstellen als vor der Kündigung.

Interessant ist die Meinung des Sozialministers und ehemaligen ÖGB-Chefs Hundstorfer. Er plädiert in einem Interview im Kurier für eine kürzere Arbeitszeit ohne Lohnausgleich. Zum Beispiel, wenn in einer Firma 10 ArbeitnehmerInnen ihre Arbeitszeit um zehn Prozent reduzieren, kann ein elfter Arbeitsplatz geschaffen werden. Der Lohn der zehn ArbeitnehmerInnen reduziert sich auf 95 Prozent. 90 Prozent zahlt das Unternehmen, fünf Prozent das Arbeitsmarktservice auf zwei Jahre (Solidaritätsprämie). Abgesehen davon, dass das ein Lohnverzicht ist und sich auch auf die Pension auswirkt,

Die ArbeitnehmerInnen brauchen sehr wohl eine Arbeitszeitverkürzung, aber mit vollem Lohnausgleich, um die Kaufkraft zu erhalten und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Diese Forderung hätten der ÖGB und die AK schon lange vor der Finanzkrise stellen müssen.

Es kann nicht sein, dass nur von den ArbeitnehmerInnen Solidarität eingefordert wird, die Schuldigen an der Krise aber weiter an der vollen Schüssel sitzen. Wenn die Auftragslage so schlecht ist, dann könnten doch auch die Vorstände ihre Arbeitszeit verkür-



kann man sich vorstellen, was nach zwei Jahren passiert. Entweder der Lohnverlust wird noch höher, oder die teurere Arbeitskraft wird gekündigt. Auf jeden Fall profitiert nur das Unternehmen.

zen und auf einen Teil ihrer Millionenlagen verzichten.

Anita Kainz ist GLB-Aktivistin in Wien

EU-Arbeitszeitrichtlinie: Wachsamkeit notwendig

Von Oliver Jonischkeit

Bereits Ende 2008 beschäftigte sich das EU-Parlament in zweiter Lesung mit einem Kompromiss des EU-Ministerrates, der Arbeitszeiten bis zu 65 Stunden pro Woche ermöglicht hätte – derzeit liegt die Höchst-arbeitszeit bei auch noch ganz beachtlichen 48 Stunden.

Bereits am Tag vor der Abstimmung demonstrierten über 15.000 GewerkschafterInnen aus verschiedenen EU-Ländern in Straßburg gegen die geplanten Verschlechterungen. Darunter auch eine Delegation des ÖGB, die vor der Demo eigentlich dem EU Parlament einen Besuch abstatten wollte. Dies jedoch verhinderte erfolgreich die französische Polizei, die nur bei Verzicht auf das Tragen von Gewerkschaftsjacken Einlass gewähren wollte.

Von der Mehrheit zurückgewiesen

Der Vorschlag des EU-Ministerrates wurde schließlich vom EU-Parlament mit der erforderlichen absoluten Mehrheit zurückgewiesen. Dies war bei dem eigenartigen Demokratieverständnis der EU notwendig, sonst hätte sich der Ministerrat durchgesetzt.

Dies hätte bedeutet, dass bei Zustimmung der ArbeitnehmerInnen – in Zeiten der Wirtschaftskrise und unsicherer Jobs leicht zu bekommen – die Arbeitszeit innerhalb eines Zeitraumes von drei Monaten bis auf 65 Stunden/Woche betragen hätte. Ebenfalls ein Dorn im Auge war dem Ministerrat, dass Bereitschaftszeit grundsätzlich als Arbeitszeit zählt, obwohl diese durch Kollektivverträge bezüglich der Anrechnung auf die Höchstarbeitszeit ohnehin unterschiedlich gewichtet werden kann – aber eben nicht als Freizeit gilt.

Berüchtigte opt-out Klausel

Seit 1993 gibt es die Arbeitszeit-Richtlinie der EU, wobei Großbritannien

jene berüchtigte opt-out Klausel unterbrachte, welche die Möglichkeit beinhaltet, dass ArbeitnehmerInnen „freiwillig“ auf die Arbeitszeitrichtlinie verzichten und länger arbeiten. Millionen von britischen KollegInnen können inzwischen ein Lied davon singen, was dies bedeutet.

15 EU-Länder nützen inzwischen die Möglichkeit des opt-outs, die dem Ministerrat auch gut gefällt. Dem EU-Parlament jedoch weniger: dieses fordert ein Ende dieser Ausnahmeregelungen innerhalb der nächsten 3 Jahre.

Sogar die bayrische CSU-Abgeordnete Stauner stellte fest, dass Menschen fast gezwungen sind, ihre Gesundheit aufs Spiel zu setzen, um sich bzw. die Familie ernähren zu können. Der Mensch sei keine Maschine, die ohne Pause durcharbeiten könne.

Der Berichterstatter im EU-Parlament, Alejandro Cercas, bemerkte zu recht: „Der Vorschlag des Rates bedeutet die Rückkehr ins 19. Jahrhundert, die Schwächsten werden (besonders) ausgebeutet“.

Gewerkschaften müssen wachsam bleiben

So erfreulich es ist, dass der Ministerrat mit den geplanten Verschlechterungen am EU-Parlament gescheitert ist, so notwendiger ist es für die europäischen Gewerkschaften, wachsam zu bleiben. Denn einerseits ist die Arbeitszeitrichtlinie von 1993, die 2000 überarbeitet wurde, auch nicht das Gelbe vom Ei. Andererseits wird das Kapital auch künftig versuchen, im



Bereich der Arbeitszeit weitere Verschlechterungen durchzusetzen.

Angesichts steigender Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und der weiteren Zunahme von Teilzeit und geringfügiger Beschäftigung ist es höchst an der Zeit, dass die europäischen Gewerkschaften einerseits weiter und noch stärker gegen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen demonstrieren und sich zur Wehr setzen, darüber hinaus aber auch in die Offensive gehen.

Arbeitszeitverkürzung notwendig

Was wir brauchen, ist eine EU-weite Arbeitszeitverkürzung zumindest auf 35 Stunden – den sieben-Stunden-Tag bei einer Fünftagewoche, wie sie das Regionalbüro Europa des Weltgewerkschaftsbundes fordert. Und das natürlich ohne Lohnverzicht angesichts der Produktivitätssteigerung der letzten Jahre und der nach wie vor vorhandenen Gewinne europäischer Konzerne.

Diese Forderung durchzusetzen wird allerdings schon im ÖGB nicht ganz einfach, dessen Präsident Foglar sich einen Tausch Arbeitszeitverkürzung gegen weitere Flexibilisierungen vorstellen kann. Das ändert nichts an der Notwendigkeit der Verkürzung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit, gerade im Interesse der Gesundheit – ein Wort, welches die EU-Institutionen sonst auch so gerne in den Mund nehmen.

Oliver Jonischkeit ist GLB-Bundessekretär

Die „Kunst“ der Kurzarbeit

Von Leo Furtlehner

Scharf ins Gericht mit der Praxis des Vorstandes bei der Kurzarbeit geht der Angestellten-Betriebsrat der voestalpine in Linz in der Juni-Ausgabe seiner Zeitung „Blechtrommel“. Deutlich wird dabei, dass die „nachhaltige Absicherung einer positiven Unternehmensentwicklung“ durch das Management einzig und allein zum Ziel hat, den Aktionären auf Kosten der Beschäftigten möglichst hohe Dividenden zu sichern – auch wenn dieser Aspekt vom FSG-dominierten Betriebsrat unterschlagen wird.

Generaldirektor Wolfgang Eder erklärte zu Jahresbeginn 2009 recht offenerherzig „Wir werden alles daransetzen, das Ergebnismiveau des Rekordjahres 2007/08 im nächsten Jahr halten zu können, jedenfalls aber einen ordentlich Gewinn schreiben“ (trend 1/09). Zentrales Motiv des Vorstandes sind demnach Personalkosteneinsparungen um jeden Preis, AMS-Gelder für Kurzarbeit sind dabei natürlich höchst willkommen.

„Freibrief für ideenlose Manager“

BRV Sulzbacher meint, Kurzarbeit würden zwar Kündigungen ersparen, dürfe aber „kein Freibrief für ideenlose Manager“ sein. Und er weist unverblümt darauf hin, dass Kurzarbeit aus „Gründen der Geldbeschaffung“ weit über die unmittelbar betroffenen Betriebsteile hinaus ausgeweitet wurde. So wurden unter dem fadenscheinigen Stichwort „Solidarität“ auch die Angestellten zu Kurzarbeit genötigt, was den Leistungsdruck massiv erhöht. Laut Angestelltenbetriebsrat liegt die praktische Arbeitszeitreduktion zwischen 30 und 40 Prozent weit unter der theoretisch durch die Kurzarbeit vorgesehenen von 15 Prozent. Sulzbacher spricht sogar von einem „Ausnahmestand“ und einer „Kultur von Angst und Schrecken“ und er kritisiert, dass der Vorstand „zu tief in die Verunsicherungskiste“ gegriffen und Kurzarbeit zur „Kunst“ erhoben hat.

Laut einer Umfrage meinen 71 Prozent der Angestellten, dass für sie trotz Kurzarbeit die Arbeit nicht weniger

geworden ist. Gleichzeitig gibt es sogar Bestrebungen in einzelnen Betrieben, für manche Beschäftigte die Wochenarbeitszeit kurzfristig auf 60 Stunden zu erhöhen. Bei der wachsenden Arbeitsbelastung spielt auch mit, dass die Zahl externer Zugriffsmöglichkeiten auf das Firmennetz sprunghaft gestiegen ist, im Klartext Angestellte immer stärker rund um die Uhr verfügbar bzw. erreichbar sind. Dazu kommt ein „Urlaubsterror“, der jetzt die arbeitsrechtliche Bestimmung, wonach Urlaub zu vereinbaren ist außer Kraft setzt, während vorher jahrelang mit Verweis auf die Arbeitsüberlastung ein Abbau von Urlauben oder Gleitzeitguthaben verhindert wurde.

„Solidarische Arbeitszeitverkürzung“

Die „solidarische Arbeitszeitverkürzung“ begann mit einem Weihnachtstillstand zum Jahreswechsel und massiven Abbau von Urlauben und Gleitzeitguthaben, es folgten bislang zwei Tranchen Kurzarbeit für mittlerweile 7.600 der 42.000 Beschäftigten, im August ist ein weiterer Werksstillstand vorgesehen. Gleichzeitig läuft aber die Produktion auf Hochtouren. Offensichtlich will der Vorstand austesten, wie mit Kurzarbeit die Produktivität weiter erhöht und damit hohe Dividenden gesichert werden können. Parallel mit dem schnellen Wachstum der letzten Jahre wurde die dezentrale Organisation vor allem in der Division Stahl systematisch weitergetrieben. Im Ergebnis gingen wichtige zentrale Lenkungsfunktionen verloren.



Das Ergebnis ist vor allem eine enorme Arbeitsverdichtung, wie vom Betriebsrat schon vor einigen Jahren festgestellt, die man sich freilich durch Prämien und Dividenden aus der mittlerweile auf 12,9 Prozent angehobenen Mitarbeiterstiftung in den Jahren des Stahlbooms bereitwillig abkaufen ließ.

Obwohl vormals versprochen wurde, dass es für die betroffenen Beschäftigten zu keinen Nachteilen bei der Ausgliederung von Betriebsteilen kommen würde, zeigt sich heute das Gegenteil. Wird in der Stahl GmbH zumindest vorläufig versucht wachsende Schwierigkeiten durch Kurzarbeit zu bewältigen, so stehen in ausgegliederten Dienstleistungsunternehmen wie etwa LogServ Kündigungen an.

Es zeigt sich mittlerweile auch, dass sich die voestalpine mit der Übernahme von Böhler-Uddeholm finanziell einen Mühlstein umgehängt hat, während die Gruppe um den Investor Fries offensichtlich in Vorahnung der kommenden Finanzkrise zum Rekordpreis verkaufen konnte.

Summa summarum zeigt das Beispiel voestalpine in aller Deutlichkeit, dass anstelle einer Kurzarbeit für tausende Beschäftigte eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung für alle, natürlich mit vollem Lohnausgleich, auf die Tagesordnung gehört.

Leo Furtlehner ist verantwortlicher Redakteur der „Arbeit“

Abkehr von 35-Stundenwoche: Ein Schritt zurück

Von Karin Antlanger

Die Frage ist, ob und wie der ÖGB mit seinem vorliegenden Grundsatzprogramm der Situation gerecht wird. Abgesehen von zahlreichen außer Zweifel stehenden guten und richtigen Forderungen stehen meines Erachtens die Schlüsselsätze dazu schon in der Einleitung dieses Grundsatzprogramms.

Es ist nämlich nicht so, dass Staaten Steuermilliarden investieren um die Wirtschaft zu stabilisieren, sondern umgekehrt, dass nämlich die Konzerne den Staat und damit die Lohnabhängigen abzocken, ohne Auflagen zu erhalten oder Garantien zu geben. Das sind also keine Investitionen des Staates im klassischen Sinn, sondern staatliches Spielgeld für Zocker. Steuergeld für Pleiteunternehmen wäre daher nur dann gerechtfertigt, wenn sie mit der Enteignung der Besitzer und mit einer Abschöpfung der Profite verbunden sind.

Die bürgerliche Tageszeitung die „Presse“ hat letzte Woche recht süffisant festgestellt, dass der ÖGB Abschied von der 35-Stunden-Woche nimmt. Tatsächlich fehlt im vorliegenden Programm erstmals seit zwanzig Jahren diese konkrete Forderung. Ich sehe es als einen Schritt zurück, wenn Präsident Foglar auf flexiblere Lösungen setzt. Wohin wir damit gekommen sind, zeigt die fatale Entwicklung der Teilzeitarbeit, über welche jetzt von Parlamentspräsidentin Prammer abwärts die Frauenpolitikerinnen von ÖGB und SPÖ klagen.

Gewiss, die Forderung nach der 35-Stunden-Woche war seit 20 Jahren nur eine Alibi-handlung. Gemessen am Stand der Produktivität wäre nämlich schon längst eine 30-Stunden-Woche möglich. Der Philosoph

Frithjof Bergmann meinte vor kurzem sogar, dass bei einer vernünftigen Organisation der Wirtschaft sogar zehn Stunden Arbeit pro Woche ausreichen würden um gut leben zu können.

Und ich halte es auch demokratiepolitisch für nicht gerade förderlich, wenn ein neu zu wählender ÖGB-Präsident dem Bundeskongress schon vor dessen Zusammentreten über die „Presse“, den „Standard“ und die „Kleine Zeitung“ ausrichten lässt, was er beschließen wird.

Aber genauso schlimm wie das klammheimliche Abgehen von der Forderung nach der 35 Stunden-Woche ist der Abschied von der damit verbundenen Forderung nach vollem Lohnausgleich. Präsident Foglar wurde von einer Redakteurin der „Kleinen Zeitung“ zum Verzicht auf die ge-

nannte Forderung interviewt und meinte wörtlich: „Ein Autospengler könnte von einer 30-Stunden-Woche vielleicht leben, eine Pflegerin sicher nicht.“

Da drängt sich doch der Verdacht auf, dass sich die Herren da oben mit der WKO schon ausgemacht haben, dass in Zukunft bei einer Arbeitszeitverkürzung nur die unteren Einkommensgruppen einen Lohnausgleich bekommen sollen. Dies würde im Klartext heißen, dass durch eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich die oberen Einkommensgruppen, zu denen Präsident Foglar offensichtlich bereits die Autospengler zählt, auf das Einkommensniveau der PflegerInnen herunter nivelliert werden sollen.

Will der ÖGB Einkommensgerechtigkeit dadurch herstellen, dass alle gleich wenig verdienen, dass alle in die unteren Einkommensgruppen rutschen? Ist die Nivellierung nach unten das neueste Ziel in der Lohnpolitik des ÖGB? Ist das die neue Vision von Gleichheit? – Alle verdienen gleich wenig (und manche ungleich mehr!)

Diskussionsbeitrag zum Grundsatzprogramm beim 17. ÖGB-Kongress am 2. Juli 2009



Jetzt werden die Pflöcke eingeschlagen

Von Michael Graber

Der ÖGB-Kongress findet am bisherigen Tiefpunkt der Krise statt, von dem man allerdings nicht weiß, wie tief er noch reichen und vor allem, wie lange er andauern wird. Zu diesem Zeitpunkt wäre es für die Gewerkschaften dringend notwendig, unverrückbare Pflöcke einzuschlagen, die sichern, dass die Lohnarbeitswelt nicht noch mehr unter die Räder kommt bzw. dass die bisherigen und künftigen Kosten der Krise nicht bei denen hängen bleiben, die schon jetzt mit Arbeitslosigkeit oder Lohnkürzungen zahlen.

Pflöcke haben bisher allerdings nur Regierung und Unternehmervverbände eingeschlagen. Leider haben einige Gewerkschaftsbosse noch den Hammer dazu gereicht: Zu erinnern ist an das 100-Milliarden-Euro-Paket zur Rettung der Banken, den bisher ausgereichten Milliarden als Beteiligungskapital für die Banken, ohne auf deren Kreditpolitik Einfluss zu nehmen, an die kürzlich beschlossenen 10 Milliarden Euro als Haftungen für die Großunternehmen und die 50 Milliarden Euro von der EU für die Osteuropatöchter der Banken. Alle anderen Ausgaben dagegen, die unmittelbar zur Sicherung oder Schaffung von Arbeitsplätzen oder zur sozialen Stabilisierung verwendet wurden, sind im Vergleich dazu peanuts. Schon die Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf den europäischen Durchschnitt ist der Regierung zu teuer.

Steilpass für die „Presse“

Der designierte neue ÖGB-Vorsitzende Foglar hat es sogar im Vorlauf zum ÖGB-Kongress zustande gebracht, der „Presse“ zu einer triumphierenden Schlagzeile zu verhelfen: „ÖGB verzichtet auf 35 Stundenwoche“. Dieser Hammer bedeutet, dass der ÖGB unter dieser leitenden Hand auf jede generelle Reduzierung der Arbeitszeit verzichtet und damit auf eine jener Maßnahmen, die am nachhaltigsten gegen Arbeitslosigkeit wirken. Der ÖGB setzt voll und ganz auf Kurzar-

beit, d. h. auf Lohnreduktion (derzeit bis zu zwei Jahren) während der Krise. Und Provisorien halten in Österreich bekanntlich lange.

Foglar hat andererseits zu einem „Systemwechsel“ im Finanzbereich aufgerufen. Dazu sind die am ÖGB-Kongress vorgetragenen Vorschläge höchst unzureichend. Sie beschäftigen sich ausschließlich mit sozialpartnerschaftlichen Formen der Finanzmarkt-kontrolle. Was anders aber kann auf diese Weise kontrolliert werden als das bisherige System? Zusammengebrochen ist nämlich nur eine bestimmte Form der Überspekulation, aber nicht der Finanzmarktkapitalismus, der diese hervorgebracht hat. Allem Gerede vom Ende des neoliberalen Turbo- oder Casinokapitalismus zum Trotz besteht dieser weiter. Nur seine Propagandisten sind etwas kleinlauter geworden. Das weltweit verfügbare private Finanzkapital beträgt nach wie vor das vierfache der weltweit jährlich produzierten Güter und ist letztlich tonangebend in Wirtschaft und Politik. Ohne noch so bescheidenen Eingriff in diese Machtverhältnisse ist kein „Systemwechsel“ möglich.

Das Wort hat der Wirtschaftsminister

Pflöcke einschlagen hätte der ÖGB-Kongress in der Budget- und Steuerpolitik müssen. So aber brachte der



Wirtschaftsminister nicht nur die Regierungspolitik, sondern auch das heimliche sozialpartnerschaftliche Einverständnis der ÖGB-Spitze auf den Punkt: jetzt müsse man das Schiff vor dem Untergang retten, dann werde man sehen ...

Entscheidende Quelle der Überprofite, die in der Finanzspekulation gelandet sind, ist aber die seit über zwanzig Jahren sinkende Lohn- und steigende Profitquote am Volkseinkommen, sowie deren steuerliche Förderung. Eine sofortige Steuerreform, die die Umverteilung umdreht, nämlich von oben nach unten, ist also ein Mittel zur Eindämmung der Krise, aber auch als nachhaltiges Mittel der Eindämmung der Spekulation wirksam.

Hätte es schon früher eine solche Weichenstellung gegeben, fänden auch die Horrorszenarien, mit denen jetzt schon die nächsten Sparpakete begründet und in der Öffentlichkeit vorbereitet werden, keine Basis.

Ob der ÖGB mit der Krise weiter an Boden verliert oder tatsächlicher ein Hort des Widerstands werden kann, hängt nicht zuletzt vom Einfluss linker Gewerkschaftspolitik ab.

**Michael Graber
ist Volkswirt in Wien**

Mitbestimmung im ÖGB

Von Anita Kainz

Mitbestimmung oder aktive Mitarbeit im ÖGB ist für ein Gewerkschaftsmitglied ohne Funktion nicht möglich.

Funktionen im ÖGB oder in den Fachgewerkschaften bekommen aber nur Mitglieder, die BetriebsrätInnen oder PersonalvertreterInnen sind und von ihrer/seiner Fraktion delegiert werden. Es gibt aber viele Mitglieder, die in Betrieben arbeiten, wo es keinen Betriebsrat gibt, oder die diese Funktion nicht ausüben können oder wollen. Einige von diesen Mitgliedern würden aber trotzdem gerne in der Gewerkschaft aktiv mitarbeiten.

Die letzte Möglichkeit für eine Mitbestimmung aller Mitglieder war die Urabstimmung im September 2001. Es beteiligten sich 807.102 ÖGB-Mitglieder, das waren 56,5 Prozent. Das Interesse wäre also vorhanden.

Nach dem BAWAG-Skandal, demzufolge sich viele Mitglieder vom ÖGB verabschiedeten, wurde vor dem letzten ÖGB-Kongress eine Arbeitsgruppe zum Thema „ÖGB-Reform“ eingesetzt, die einen umfangreichen Forderungskatalog erarbeitete und dem Präsidium vorlegte. Es gab auch eine Mitgliederbefragung im Herbst 2006, bei der sich 61 Prozent für mehr direkte Demokratie und Mitbestimmungsmöglichkeiten aussprachen. Geändert hat sich seither nichts.

Am ÖGB-Kongress im Juli 2009 sind wieder nur ordentliche Delegierte stimmberechtigt. Den „einfachen“ Mitgliedern wird zwar die Möglichkeit gegeben, sich auf der Kongresswebsite über die KandidatInnen zu informieren und per E-Mail Fragen zu stellen. Diese Fragen kommen dann

zusammen mit jenen der Kongressdelegierten in Boxen. Von allen eingelangten Fragen werden jedem Kandidaten, jeder Kandidatin beim Hearing mehrere gestellt; sie werden nach dem Zufallsprinzip aus der Box gezogen.

Erstens haben noch nicht alle Mitglieder ein Internet und zweitens ist das noch keine Mitbestimmungsmöglichkeit. Es geht nicht darum, alle Mitglieder zu einem Kongress einzuladen, sondern es geht darum, die Mitglieder bei wichtigen Verhandlungen wie Kollektivverträgen, Arbeitszeitänderungen, Gewerkschaftsreformen, usw. mittels Urabstimmung mitbestimmen zu lassen, wie das z.B. in Deutschland üblich ist. Das würde auch eine Mitgliedschaft bei der Gewerkschaft attraktiver machen und das Zugehörigkeitsgefühl stärken. So gibt es bei vielen Mitgliedern nur das Gefühl, einigen FunktionärInnen ausgeliefert zu sein.

Anita Kainz ist GLB-Aktivistin in Wien

Hier einige Ergebnisse der Mitgliederbefragung vom Oktober 2006:

Für sehr wichtig hielten:

- * 61 Prozent mehr direkte Demokratie und Mitbestimmungsmöglichkeiten (z.B. Urabstimmungen, regelmäßige Mitgliederbefragungen)
- * 69 Prozent mehr Transparenz, durchschaubare Strukturen
- * 72 Prozent die Abschaffung bezahlter Mehrfachfunktionen von SpitzenfunktionärInnen
- * 61 Prozent die Offenlegung der Einkommen von SpitzenfunktionärInnen und
- * 50 Prozent mehr und bessere Informationen über die Tätigkeit der Gewerkschaft



AK-Wahl 2009: Eine kurze Bilanz

Die von Ende Jänner bis Mitte Mai 2009 stattgefundenen Arbeiterkammerwahlen in den neun Bundesländern sind nunmehr abgeschlossen.

Der allgemeine Trend dabei ist deutlich: Die Wahlbeteiligung ist deutlich gesunken, die FSG hat starke Verluste zugunsten der FA erlitten, konnte aber ihre absoluten Mehrheiten in sieben Bundesländern behaupten.

ÖAAB/FCG (mit absoluten Mehrheiten in Vorarlberg und Tirol) und AUGÉ/UG konnten zulegen. Insgesamt hat sich die Zahl der kandidierenden Listen in den meisten Bundesländern vermehrt und es sind jetzt auch mehr Gruppen als 2004 in den Vollversammlungen vertreten.

Der GLB kandidierte außer im Burgenland in allen Ländern und konnte

bundesweit einen leichten Zuwachs verzeichnen.

Außer in Wien gab es in allen Ländern Stimmengewinne, in der Steiermark konnte ein zweites Mandat erzielt werden, sodass der GLB bundesweit jetzt bei drei Mandaten hält.

Den größten Stimmengewinn gab es in Oberösterreich, gefolgt von der Steiermark, Vorarlberg und Niederösterreich.

Prozentuell erreichte der GLB das beste Ergebnis in der Steiermark, gefolgt von Salzburg, Oberösterreich und Wien.

Die Reformbedürftigkeit des AK-Wahlrechts zeigt sich freilich daran, dass in Oberösterreich (wo der GLB ein Mandat um 58 Stimmen verfehlte) ein Mandat fast dreimal soviel Stimmen kostet wie in Vorarlberg, weil die Zahl der Sitze in den Kammervollversammlungen seit Jahrzehnten nicht an die sich sehr unterschiedlich entwickelte Zahl der Kammermitglieder angepasst wurden.

Nachstehend eine Übersicht über die bundesweiten Ergebnisse der AK-Wahl 2009 mit den Vergleichszahlen von 2004

| Arbeiterkammerwahlen 2009 | | | | | | | | | |
|---------------------------|--------------|--------------|----------|--------------|--------------|----------|------------|--------------|----------|
| | AK-Wahl 2004 | | | AK-Wahl 2009 | | | Differenz | | |
| | Stimmen | Prozent | Mandate | Stimmen | Prozent | Mandate | Stimmen | Prozent | Mandate |
| Wahlberechtigt | 2.468.509 | | | 2.676.344 | | | 207.835 | | |
| Abgegeben | 1.204.488 | 48,79% | | 1.173.433 | 43,84% | | -31.055 | -4,95% | |
| Ungültig | 21.768 | 1,81% | | 21.765 | 1,85% | | -3 | 0,05% | |
| Gültig | 1.182.720 | 100,00% | 840 | 1.151.668 | 100,00% | 840 | -31.052 | 0,00% | |
| FSG | 750.016 | 63,41% | 539 | 642.746 | 55,81% | 487 | -107.270 | -7,60% | -52 |
| ÖAAB/FCG | 280.640 | 23,73% | 206 | 287.226 | 24,94% | 208 | 6.586 | 1,21% | 2 |
| FA | 57.917 | 4,90% | 41 | 100.257 | 8,71% | 67 | 42.340 | 3,81% | 26 |
| AUGÉ/UG | 51.392 | 4,35% | 33 | 53.920 | 4,68% | 38 | 2.528 | 0,34% | 5 |
| GLB | 9.245 | 0,78% | 2 | 9.972 | 0,87% | 3 | 727 | 0,08% | 1 |
| BM | 9.555 | 0,81% | 4 | 8.224 | 0,71% | 3 | -1.331 | -0,09% | -1 |
| NBZ | 3.053 | 0,26% | 4 | 4.018 | 0,35% | 4 | 965 | 0,09% | 0 |
| FU | 972 | 0,08% | 1 | | | | | | |
| SOLI | 4.183 | 0,35% | 2 | 2.245 | 0,19% | 1 | | | |
| GALIP | | | | 853 | 0,07% | | | | |
| Kaltenbeck | | | | 890 | 0,08% | | | | |
| BZÖ | | | | 13.610 | 1,18% | 14 | | | |
| Dirnberger | 6.269 | 0,53% | 3 | 3.029 | 0,26% | 1 | | | |
| GGN | | | | 3.550 | 0,31% | 2 | | | |
| GA | 6.753 | 0,57% | 4 | 9.384 | 0,81% | 6 | | | |
| BDFA | 2.725 | 0,23% | 1 | 1.872 | 0,16% | 1 | | | |
| KOMINTERN | | | | 1.910 | 0,17% | 1 | | | |
| TÜRK-IS | | | | 2.138 | 0,19% | 1 | 2.138 | 0,19% | 1 |
| Triebfeder | | | | 1.308 | 0,11% | 0 | 1.308 | 0,11% | 0 |
| Perspektive | | | | 4.516 | 0,39% | 3 | 4.516 | 0,39% | 3 |

AK-Wahl 2009: GLB gestärkt

Von Oliver Jonischkeit

Drei statt bisher zwei AK-Räte vertreten den Gewerkschaftlichen Linksblock künftig als „Stimmen aus dem Betrieb“ in der AK. In der Steiermark konnte der GLB ein Mandat gewinnen, Peter Scherz und Kurt Luttenberger sind die beiden GLB AK-Räte in der Vollversammlung der steirischen AK.

In Wien gelang es dem Gewerkschaftlichen Linksblock trotz der Rekordzahl von zwölf angetretenen Listen, von denen gleich elf den Sprung in die AK-Vollversammlung schafften, sein Mandat zu verteidigen. Robert Hobek, nicht freigestellter Betriebsratsvorsitzender des Postamtes Wien-Liesing, vertritt hier den GLB in der Vollversammlung. Allen drei Kollegen gemeinsam ist die Verankerung im Betrieb, sie kennen daher die Probleme der Beschäftigten aus eigener Erfahrung.

Abgesehen von Wien, wo sich besonders viele Listen als Alternative zur FSG-Übermacht anboten, darunter eine als vermeintliche zum GLB, konnte der Gewerkschaftliche Linksblock in allen Bundesländern Stimmen dazu gewinnen. In Oberösterreich wäre sogar fast der Einzug in die AK gelungen, lediglich einige Stimmen fehlten schließlich. Der GLB stellte sich in allen Bundesländern mit Ausnahme des Burgenlandes zur Wahl, darunter erstmals seit längerem auch in Vorarlberg.

Starke Verluste für die FSG

Insgesamt gab es schwere Verluste für die FSG und deutliche Gewinne für die rechtsgerichteten Freiheitlichen ArbeitnehmerInnen. Ausgerechnet für jene also, die beispielsweise nicht davor zurückschrecken, ausländische KollegInnen auszugrenzen und verlangen, Sozialleistungen möge es doch bitte nur für Inländer geben. Ausgerechnet für jene, die auch schon die

Halbierung der AK-Beiträge forderten und damit die Einrichtung der Arbeiterkammer und ihre Leistungen in Frage stellen.

Ursache dafür war allerdings wohl der Wunsch vieler, der FSG einen Denktzettel zu verpassen. Während immer mehr Menschen in Österreich, einem der reichsten Länder der Welt, armutsgefährdet sind oder bereits um ihre Existenz kämpfen, war von der AK in den letzten Jahren wenig zu hören. Durchaus gute Beschlüsse der Vollversammlungen wurden nur allzu oft ordentlich abgelegt, von der Möglichkeit, als AK Gesetzesinitiativen zu ergreifen, dank der „Sozial“partnerschaft nicht Gebrauch gemacht und lieber im stillen Kämmerlein verhandelt. Dies ist wohl auch die Folge für die geringe Wahlbeteiligung, da die AK oft nur mit KonsumentInnen- und Rechtsschutz in Verbindung gebracht wird.

Reformbedürftiges AK-Wahlrecht

Dringender Reformbedarf besteht unter anderem bei der AK-Wahlordnung und dem skandalösen Vorenthalten der Wahlergebnisse an die wahlwerbenden Gruppen in Wien. So kostet ein Mandat in Oberösterreich fast dreimal soviel wie in Vorarlberg, weil die Zahl der Sitze in den AK-Vollversammlun-

gen seit Jahrzehnten nicht an die unterschiedliche Zahl der Kammermitglieder angepasst wurde.

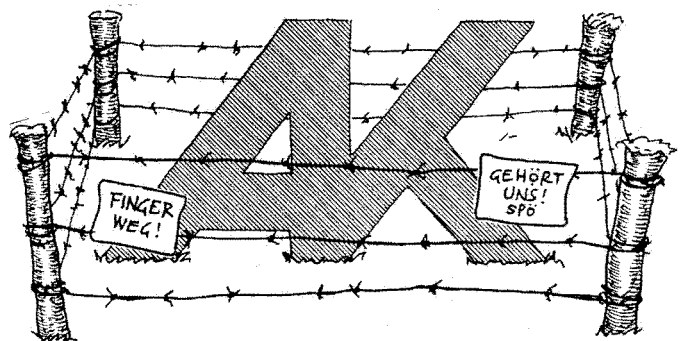
In Tirol wurde GLB-Kandidat Roland Steixner zwar von der Wahlbehörde auf seine Wahlberechtigung geprüft und zugelassen, wurde jedoch nicht ins WählerInnenverzeichnis aufgenommen und durfte folglich zwar kandidieren, aber nicht wählen. Der GLB hat daher in Tirol die AK-Wahl angefochten.

FSG: Mir san mir

Und in Wien verweigerte der Wahlvorstand beharrlich, den angetretenen Listen Unterlagen über die Sprengelwahlergebnisse der – gesetzlichen (!) – Wahl auszuhändigen. Wozu auch? Die FSG hat sie ja ohnehin, nachdem ihr etliche Angestellte der AK angehören.

Dies ist ein Skandal und mit ein Grund, warum der GLB in der konstituierenden Vollversammlung der AK Wien den Antrag stellte, eine Arbeitsgruppe der Bundesarbeiterkammer einzusetzen, die sich mit notwendigen Reformen beschäftigen muss und der alle in den Arbeiterkammern vertretenen Gruppen angehören müssen.

**Oliver Jonischkeit
ist GLB-Bundessekretär**



Hobek:

AK muss sich von der Sozialpartnerschaft befreien

„Über das neuerliche Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft wird sich vor allem die Wirtschaftskammer freuen“, erklärte GLB-Arbeiterkammerrat Robert Hobek bei der konstituierenden 151. Versammlung der Wiener Arbeiterkammer am 24. Juni 2009: „Die Zeche für Sozialabbau, Kurzarbeit und diverser Konjunkturpakete trotz gestiegener Aktiengewinne, wie AK-Präsident Tumpel auf der ÖGB-Demo gegen Lohndumping festgestellt hat, zahlen schon bisher die Beschäftigten und Arbeitslosen“, so Robert Hobek, „daher muss sich die AK endlich von der Sozialpartnerschaft befreien“.

Wenn AK-Präsident Tumpel und Sozialminister Hundstorfer von 200.000 neuen Beschäftigten sprechen, stellt sich die Frage nach der Art der Beschäftigung. Von prekären Beschäftigungsverhältnissen bis zu unfrei-

williger Teilzeit oder gar nur geringfügiger Beschäftigung gibt es hier eine breite Palette.

Robert Hobek, nicht freigestellter Betriebsratsvorsitzender des Postamtes 1230 Wien-Liesing und daher eine „Stimme aus dem Betrieb“ in der Wiener AK, forderte in seinem Redebeitrag auch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich statt Kurzarbeit. Empört ist der GLB-Wien, dass alle Anträge, darunter auch jener des GLB, der den sofortigen Rücktritt des 3. Nationalratspräsidenten Grafs forderte, bis zur nächsten Vollversammlung zurückgestellt wurden: „Es gibt keinen Grund mehr zum Feiern, wir sind zum Arbeiten hier und können den Sommer nicht der Wirtschaftskammer überlassen“, so Robert Hobek in seiner Wortmeldung.

Die vom GLB bei der 151. Sitzung



Robert Hobek
ist AK-Rat in Wien

der Wiener Arbeiterkammer eingebrachten sechs Anträge zu den Themen AK-Wahlrecht, Notstandshilfe, Graf-Rücktritt, Vermögensbesteuerung, Ablehnung von Fremdenfeindlichkeit und Arbeitszeitverkürzung stehen im Wortlaut auf der GLB-Website www.glb.at.

Scherz:

AK muss Gegenpol zur Wirtschaftspolitik werden

Erstmals seit Jahrzehnten ist der GLB mit mehr als einem Mandatar in der Vollversammlung der AK Steiermark vertreten. Gemäß dem Wahlergebnis wurden bei der konstituierenden Sitzung am 30. April 2009 Peter Scherz und Kurt Luttenberger als Kammerräte des Linksblocks angelobt.

Peter Scherz betonte in seinem Diskussionsbeitrag, dass in Krisenzeiten wie jetzt die Widersprüche in der Gesellschaft deutlich sichtbar werden. Die AK müsse deshalb klar und eindeutig auf der Seite der unselbständig Beschäftigten stehen und mithelfen, die Angriffe der Unternehmer auf Arbeitsplätze und Lebensstandard abzuwehren.

Die Krise werde länger andauern als von vielen vermutet. Daher sei es notwendig, neue Einnahmequellen bei den Reichen und Superreichen zu erschließen und für eine Umverteilung von oben nach unten einzutreten. Sonst müssten die Lohnsteuerpflichtigen alle Lasten auf sich nehmen.

Peter Scherz: „Die AK muss zu einem Gegenpol zur neoliberalen Wirtschaftspolitik werden und entschieden im Interesse der arbeitenden Menschen auftreten.“ Die Hauptverantwortung dafür trage die Mehrheitsfrak-



Kurt Luttenberger und Peter Scherz
sind AK-Räte in der Steiermark

tion.

Der GLB werde als kleine, aber konsequente Kraft seinen Beitrag in der AK leisten.

Siemens SIS & CT: Kampf geht weiter

Von Linda Sepulveda

Am 23. Juni 2009 sind über 2000 Leute bei strömenden Regen zum Parlament marschiert. Wir haben dort eine Menschenkette gebildet und das Parlament umarmt. Wir haben gezeigt, dass wir bereit sind, für unsere Arbeitsplätze zu kämpfen.

Mehr als 45 Jahre lang schrieb die Siemens PSE innerhalb der Siemens AG Österreich eine Erfolgsgeschichte nach der anderen. 2006 waren wir 3.500 Beschäftigte in Österreich und wurden damit zum größten Softwarehaus in Österreich.

Ab 2006 mit dem Rückzug von Siemens aus verschiedenen Technologiebereichen (vor allem Telekommunikation) und dem Verkauf bzw. der Verselbstständigung der entsprechenden Bereiche wurden die bislang internen Auftraggeber zu externen Kunden. Der Auftragslage verschlechterte sich, das Management verabsäumt es, neue Projekte und Kunden zu akquirieren.

Von 2007 bis März 2009 wurden mit 3 Sozialplänen 620 Beschäftigte abgebaut. Der Betriebsrat konnte durchsetzen, dass dieser Abbau freiwillig und ohne Kündigungen erfolgte. Die bis zuletzt erfolgreiche PSE wurde am 01.04.2009 zweigeteilt in SIS und CT und damit kaputt geschlagen.

Nun plant die Firmenleitung der Siemens AG, die weltweite Wirtschaftskrise zu nutzen, den Softwareentwicklungsbereich in Österreich drastisch zu verkleinern. Von den 1.800 SIS KollegInnen sollen bis Ende September 2009 nur mehr die Hälfte übrig bleiben. 632 davon sind von Kündigung bedroht. Zusammen mit den 221 KollegInnen, die bereits ein Angebot eines früheren Sozialplans an-

genommen haben, sollen also alleine in diesem Jahr 853 MitarbeiterInnen abgebaut werden.

Der Jobabbau in Österreich soll schleunigst passieren, um mit zusätzlichen Verlagerungen nach Indien und China den Profit auf Kosten der Beschäftigten weiter steigern zu können. Damit werden hochwertigen Forschungs- und Entwicklungsarbeitsplätze in Österreich für immer vernichtet.

Unser Ausbildungsniveau ist sehr

hoch. Fast alle MitarbeiterInnen haben Matura, sehr viele einen Universitätsabschluss und auch Doktorat. Erstmals in Österreich soll eine große Anzahl hochgebildete Leute den Job verlieren. Die herkömmlichen WAFF- und AMS-Ausbildungen bringen hier nichts, und führen das Schlagwort „Bildung schafft Karriere“ ad absurdum.

Der Staat hat viel Geld in die Ausbil-

dung unsere KollegInnen investiert. Dadurch hat Siemens jahrzehntelange satte Gewinne kassiert. Und jetzt wo Siemens der Meinung ist, dass Forschung und Entwicklung in Österreich nicht mehr erwünscht ist, soll wieder der Staat diese Menschen übernehmen.

Ein Sozialplan allein wird unsere Probleme nicht lösen können. Wir brauchen eine gemeinsame Kraftanstrengung von Politik, Unternehmensleitung und der Beschäftigten. Wir brauchen kreative Lösungen und neue Ideen, damit unsere KollegInnen weiterhin einen Arbeitsplatz haben. Bis jetzt sind alle Verhandlungsrunden ergebnislos geblieben und eine Bewegung der Firmenleitung kaum zu spüren.

Der Streikbeschluss ist schon gefasst.

Falls die Firmenseite weiterhin nicht bereit ist, von der Kündigung von 632 Personen ohne wenn und aber abzuweichen, werden wir weiterkämpfen. Bis jetzt war nur die Übung.

Linda Sepulveda ist BRVStv bei Siemens SIS & CT



Der Chef kam mit der Hundepetische

Von Hubert Schmiedbauer

Dokumente zur Kraft und Moral der österreichischen Arbeiterbewegung

Krise – verursacht von der schrankenlosen kapitalistischen Profitwirtschaft – als Vorwand für Lohnsenkung, Sozialabbau, Arbeitsplatzvernichtung. Das ist Gegenwart. Krieg – verursacht von den imperialistischen Mächten am Beginn des vorigen Jahrhunderts – als Vorwand dafür, Millionen ArbeiterInnen unter Bedingungen ähnlich der Leibeigenschaft zu halten. Das ist österreichische Vergangenheit. Ein wesentlicher Unterschied: Trotz aller Einschüchterungsversuche durch Maßregelung und Terror entwickelte sich ab 1916 der Widerstand und führte schließlich zum Sturz der militaristisch-aristokratischen Staatsmacht. Noch ein Unterschied: Heute haben die Lohnabhängigen viel mehr zu verlieren – und die Kapitaleseite war noch nie so reich und mächtig!

Vision Sozialismus

Gewerkschaften und Sozialdemokraten hatten ihren Platz in dieser Entwicklung. „Der Sündenfall des August 1914, das Einschwenken auf offene Unterstützung des imperialistischen Krieges ihrer eigenen Regierung, das Mitmachen beim Hurra-Patriotismus und Chauvinismus bedeutete nämlich nicht, dass man die eigene Anhängerschaft in den Industriebetrieben vollkommen im Stich ließ“, schreibt der Historiker Hans Hautmann*).

„Die so gut wie unerschütterliche Bindung der österreichischen Arbeiterklasse an die alte austromarxistische Sozialdemokratie ... wurzelte in der Realität ihres Eintretens für vitale ökonomische, soziale und politische Interessen der arbeitenden Menschen. Diese Fähigkeit war da, weil diese Partei noch ein sozialistisches Ziel im Auge

hatte, weil sie ... Reformen als Methode einer wirklichen Umgestaltung der Ausbeuterordnung, als Mittel, um den Sozialismus zu erreichen, betrachtete. Eine solche Partei gibt es heute nirgends mehr.“

Ein erster Höhepunkt in der Entwicklung des Widerstands war die Einberufung des „1. deutschösterreichischen Arbeitertages 1916“ durch die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführungen, zu dem für den 5. November 1000 Vertrauensleute und Mandatäre sowie zehn leitende Beamte aus den Ministerien geladen waren. Die ursprüngliche Tagesordnung (1. Ernährungsfragen, 2. Rechtliche Stellung der Arbeiter) wurde umgedreht: Vertrauensleute und Funktionäre aus allen Branchen berichteten aus der Arbeitswelt über haarsträubende Verhältnisse.

Abgesehen von der schikanösen Behandlung und Entwürdigung der ArbeiterInnen und Arbeiter konnten sie als Verschärfung zu Soldaten erklärt und dem Militärstrafgesetz unterworfen werden. Die Kategorie dieser „Landsturmarbeiter“ wurde nicht nach geltenden Löhnen bezahlt, sondern nur nach den Regeln des militärischen Besoldungssystems. Entsprechend multiplizierten sich die Unternehmensgewinne.

Gewalt für Profit

Eines der Beispiele betraf ein Unternehmen, in dem der Chef stets mit einer ledernen Hundepetische auftauchte und oftmals Arbeiter tatsächlich damit traktierte. Als er einen Vertrauensmann bedrohte, sagte der: „Wir sind keine Hunde!“ – und so der von Hautmann gewählte Titel für seine Arbeit. Doch was legitimierte die Unternehmer zu solchem Vorgehen gegen die Arbeiter?



Bereits am 26. Dezember 1912 (!) war das „Kriegsleistungsgesetz“ verlautbart worden, abgekürzt „KLG“ (häufig auch „Kriegsdienstleistungsgesetz“). Hautmann: „Es handelte sich hier um den einschneidendsten legislativen Akt in Richtung einer diktatorischen Herrschaft der Militärkaste über die arbeitenden Menschen im Hinterland“ und der „im Kriegsfall die ganze Bevölkerung und die gesamte Wirtschaft militärischen Bedürfnissen unterwarf. Der Kernpunkt des Gesetzes bestand im Prinzip der Arbeitspflicht für alle männlichen Zivilpersonen bis zum 50. Lebensjahr, ihrer zwangsweisen Heranziehung zu persönlichen Dienstleistungen für Kriegszwecke.“ Durch Aufhebung der Freizügigkeit waren die ArbeiterInnen massivem Lohndruck ausgesetzt. Militärische Leiter (hauptsächlich Offiziere) hatten die Oberaufsicht und das Recht, Arreststrafen zu verhängen oder „einrückend zu machen“, wovon natürlich Vertrauensleute und Gewerkschafter besonders betroffen waren.

Gestern und heute

Aus dem Protokoll des Arbeitertages, das aktuell nur durch die Zensur verstümmelt erscheinen konnte, ist auf die Doppelzüngigkeit der sozialdemokratischen Führer zu schließen, die z.B. angesichts der Streiks und Hungerdemonstrationen Anfang 1917 ihre Vertrauensleute beauftragten, „Ruhe zu bewahren und zu arbeiten“. Die Streiks 1917 waren alle spontan, ohne Aufrufe der Gewerkschafts- und Parteiführung ausgebrochen.

Es war die wachsende Kampfbereitschaft der Arbeiter, die über Teilerfolge schließlich zu den siegreichen Massenaktionen führte. Auch innerhalb des Kapitals vertieften sich die Widersprüche. Tausende Unternehmen und Gewerbebetriebe standen unter existenzbedrohendem Druck der großen Konzerne wie des sogenannten Eisenkartells. Sie versuchten gegenüber der Arbeiterschaft eine „flexiblere“ Taktik durchzusetzen. Die wachsende Solidarität und Kampfkraft der ArbeiterInnen erreichte Zugeständnisse und stärkte andererseits die „flexiblen“ Kapitalgruppen.

Hans Hautmann bringt schließlich noch den Bericht über die Reaktionen des Eisenkartells. Das Protokoll seiner Sitzung im Oktober 1917 wurde vermutlich von den „Flexiblen“ der AZ zugespielt und konnte dort am 4.4.1918 unzensuriert erscheinen. (Das liest sich so, wie etwa die Multis heute in irgendeinem Land, das die Handels(profit)freiheit stört, einen fa-

schistischen Putsch vorbereiten würden. Beispiel gefällig? Chile...) Vorsitz hatte der Kriegsminister, die Generaldirektoren der Schlüsselindustriekonzerne forderten Schluss der Lohnerhöhungen, keine Festlegung von Mindestlöhnen, Versammlungsverbot, Zensur der AZ, stärkere Militarisierung der Betriebe, gegen Arbeiter Exempel statuieren bis zum Standrecht (!). Die Wunschträume der Scharfmacher platzten, die Arbeiterklasse war schon in Bewegung, die Angst vor einer Revolution trieb die „flexiblen“ Kapitalisten in Richtung der Sozialdemokraten.

Nicht als gedenkwürdig in den Vordergrund gestellt habe die staats-offizielle und die mediale Seite anlässlich der Gedenken an die Gründung der Republik von 90 Jahren „die Tatsache, dass es die massenhaft mobilisierte, radikalisierte und politisierte österreichische Arbeiterschaft war, die die historische Entwicklung in unserem Land damals vorantrieb“, schreibt

Hans Hautmann im Vorwort. Ihm ist es zu verdanken, dass wir heute etwas mehr wissen können darüber, welche Kraft, welche Moral und welches Durchsetzungsvermögen die ArbeiterInnenklasse unter schwierigsten Bedingungen entwickelte und in fast allen Ländern Europas die Chance hatte, das Kapital und seine politischen Apparate völlig von ihrer Macht abzulösen. Heute hat mit Hilfe des politischen Apparats der EU das globalisierte Kapital die absolute Macht. Und wo stehen die europäischen (vereinigten) Gewerkschaften? *) „Wir sind keine Hunde.“ Das Protokoll des Arbeitertages 1916 in Wien. Anhang: „Zur Naturgeschichte des Eisenkartells.“ Herausgeber und Einleitung: ao. Univ.Prof. i.R. Hans Hautmann. Alfred Klahr Gesellschaft. Wien 2009. Preis 8 Euro

Hubert Schmiedbauer ist Journalist in Graz

Sommer '09 in Kärnten

Sommerturnus 15. bis 29. August 2009 im Kinderland-Ferienheim in ruhiger Lage am Gösselsdorfer See:

Eigener Strandabschnitt fünf Minuten Waldweg vom Heim, Grasstrand, Beachvolleyball-Platz, zwei Wasserstege, Schattenplätze, Gratis-Umkleidekabinen und Duschen.

Vielfältiges Freizeitangebot: Wanderungen, Kreativ-Workshops, Federball, Basketball, Fußball, Volleyball, Tischtennis, Abendprogramm, Lagerfeuer, Disco-Keller.

Vollpension pro Turnus und Kind inklusive Betreuung durch ein gutes Team: 450 Euro, Geschwisterbonus 10 Euro, Erstteilnahmebonus 15 Euro.

Reitwoche 15. bis 22. August 2009:

Verlängerungswochen möglich mit Bustransfer zum Reithof, ca. sieben Hektar Fläche, große Reithalle, über 30 Pferde

Angebot: fünf Tage reiten am Vormittag, jeweils zwei Reiteinheiten á 50 Minuten pro Tag, getrennt für AnfängerInnen und Fortgeschrittene, kostenloser Ausrüstungsverleih

Preis pro Person und Reitwoche 325 Euro, Verlängerungswoche 190 Euro, Mindestteilnahmezahl sechs Personen pro Turnus



Infos und Anmeldungen: Kinderland Wien, Hugogasse 8, 1110 Wien, Tel. und Fax (01) 749 79 21, Mail office@kinderlandwien.at, Web www.kinderlandwien.at

Manager im Prämien-Rausch

Von Leo Furtlehner

In einer US-Studie wurde kürzlich untersucht, ob und wie sich Prämien, Boni und ähnliche Anreize für ManagerInnen auf den Erfolg des Unternehmens auswirken. Das Ergebnis war eine für alle Fans solcher „Zuckerl“ vernichtende Feststellung: Manager, die über ihren ohnehin satten Bezug hinaus mit einem Bonus etc. verwöhnt werden, denken in erster Linie daran diese Anreize noch zu vergrößern, das Unternehmenswohl ist für sie daher zweitrangig.

Beispiele sonder Zahl beweisen, wohin eine solche Politik führt: Da werden Bilanzen geschönt, undurchschaubare Firmenkonstruktionen aufgebaut, Aktienkurse frisiert – alles um den eigenen Bonus zu vergrößern. Das Ergebnis ist meist ein Desaster: Freilich nicht für die ManagerInnen, die machen sich rechtzeitig aus dem Staub und kassieren mit Verweis auf ihre Verträge noch dazu eine satte Abfertigung für vorzeitiges Ausscheiden. Ausbaden müssen das Desaster immer die Beschäftigten, denen Löhne, Sozialleistungen und Arbeitsplatz genommen werden.

Eine verhaberte Clique

Möglich wird das ganze System auch dadurch, dass die Clique der ManagerInnen hoffnungslos miteinander verhabert ist. Zum hochbezahlten Posten im Vorstand eines Unternehmens gehören meist mehr als weniger zahlreiche Sitze in diversen Aufsichtsräten. Und diese Aufsichtsräte „segnen“ letztlich die fürstlichen Vorstandsverträge ab. Bekanntlich hackt eine Krähe der anderen kein Auge aus und so ist man natürlich möglichst großzügig zueinander, nicht nur wenn es um die Gage geht, sondern auch wenn jemand Mist gebaut hat, werden beide Augen zugeedrückt.

Wie eine AK-Studie über die ATX-Unternehmen zeigt, kassierten die ManagerInnen der führenden österreichischen Unternehmen 2008 das 48-fache des Durchschnittsbezuges der dort Beschäftigten, im Jahre 2003 war

es gerade das elffache. Die Krise hat zwar die diversen jahrelang von einer lobhudehenden Presse als „Manager des Jahres“ oder so ähnlich bejubelten Wunderwuzzis radikal entzaubert, Konsequenzen gibt es für sie freilich nicht. Das ohnehin bescheidene Ansinnen, Staatshilfen in Form von Haftungen oder Subventionen in Milliardenhöhe mit einer Limitierung der Managerbezüge etwa auf das mit 320.000 Euro ohnehin nicht gerade bescheidene Jahreseinkommen des Bundespräsidenten oder Streichung steuerbegünstigter Boni zu verbinden, wurde als geradezu unsittlich zurückgewiesen.

Berufsbild „Unfähiger Manager“

Für mit Kurzarbeit, Lohnverzicht oder Kündigung als Krisenopfer abgestrafte ArbeiterInnen und Angestellte ist es ein Hohn, wenn das Berufsbild „Unfähiger Manager“ zunehmend als gesellschaftliche Norm gilt. Ein Negativbeispiel dafür ist die AUA, wo der geschasste Vorstandschef Walter Ötsch das Unternehmen in den Graben gefahren hat, aber auf Erfüllung seines Vertrages mit entsprechenden Abfertigungen beharrte. Die Manager der Constantia-Privatbank Norbert Gertner, Karl Arco und Karl Petrikovics wollten mit 30 Millionen Euro abgefertigt werden. Solche Fälle führen auch das immer ins Treffen geführte Argument der Leistungsfeindlichkeit ad absurdum, schließlich hat auch für Manager der Tag nur 24 Stunden.

Gagen wie noch 2008 von Erste-Boss Andreas Treichl (4,4 Millionen Euro), Voest-Chef Wolfgang Eder (1,4 Millionen Euro) oder ÖIAG-Chef Peter Michaelis (674.000 Euro) kassiert sind in Zeiten wie diesen eine sozialpolitische Provokation ersten Ranges. Es ist bezeichnend für den Charakter der männerbündischen Eliten von Politik und Kapital, dass der Wiener Bürgermeister Michael Häupl (SPÖ) eine Reduzierung der Management-Bezüge strikt ablehnte.

Auf Datenschutz bedacht

Es spricht auch für die Geisteswelt des elitären Klüngels, wenn aus Datenschutzgründen nicht einmal dem Rechnungshof Einblick in die Managementbezüge staatsnaher Unternehmen erlaubt wird. Das schwedische Modell, wo jährlich alle Einkommen offen gelegt werden, ist für Manager überhaupt ein wahrer Gräuel. Obwohl oder weil die Kluft zwischen sehr hohen und sehr niedrigen Einkommen in Schweden weitaus geringer ist als in Österreich.

Die Einführung steuerlich begünstigter Stock-Options (Bezug von Firmenaktionen zu Sonderkonditionen) durch die schwarzblaue Regierung hat derartige Drogen weiter salonfähig gemacht. Es ist bezeichnend, dass auch von der jetzt wieder regierenden SPÖ keinerlei Initiativen erfolgen diesen Unfug schleunigst wieder abzuschaffen. Wie meinte SPÖ-Industriesprecher Johann Moser schon 2004 treffend? „Einer Amerikanisierung der Managergehälter steht eine Vietnamisierung der Industrielöhne gegenüber“.

Leo Furtlehner ist verantwortlicher Redakteur der „Arbeit“

Wiener Linien: Kündigung rechtsunwirksam

Von Gerhard Eder

Nachdem das Arbeits- und Sozialgericht Wien (ASG) schon 2008 die Wiener Linien und die Stadt Wien wegen Rechts- und Sittenwidrigkeit verurteilt hat und die Kündigung von Roland Rollenitz als rechtsunwirksam erklärt wurde, hat nun auch das Oberlandesgericht (OLG) die Entscheidung in zweiter Instanz am 13. März 2009 bestätigt. Obwohl die Feststellungen des Erstgerichts von der Stadt Wien (auf 60 Seiten) vehement bekämpft werden, geht hier das Berufungsgericht ausführlich auf die Beweisrüge der Stadt Wien ein, aber versagt diesem jeglichen Erfolg.

Verletzung der Fürsorgepflicht und Rechtsmissbrauch

Das OLG habe keinen Grund gefunden, die erstinstanzliche Entscheidung vom ASG Wien aufzuheben, so aus der aktuellen schriftlichen Erkenntnis. Weiters bestätigt es dem Erstgericht, dass es zu einer „Verletzung der Fürsorgepflicht“ und zu einem „Rechtsmissbrauch“ gekommen sei.

Die ständig gegen den Rollenitz gerichteten „systematischen Anfeindungen, Schikanen und Belästigungen“, haben die Wiener Linien selbst verursacht, so wörtlich die beiden Gerichte. Obwohl Rollenitz die Vorgesetzten und die FSG-Personalvertreter und Gewerkschafter um Hilfe bat, wurde ihm nicht geholfen. Im Gegenteil, wie wir alle selbst wissen, waren diese seit Jahren bei dem Mobbing und den Diskriminierungen mit involviert. Auch die Geschäftsführung und die Magistratsdirektion und vor allem die politischen Vertreter, wussten davon.

Gerichte bestätigen Mobbing

Ebenso hält nochmals das OLG im Gerichtsurteil die Mobbinghandlungen plakativ fest und spricht in der Causa Rollenitz wortwörtlich: „Es kann kein Zweifel bestehen, dass der Fall des Klägers als geradezu typisches Beispiel für Mobbing am Arbeitsplatz anzusehen ist“. Erfreulich ist auch, dass

hier entscheidende Stellen aus unserer Berufsbeantwortung vom Berufungsgericht bei nahe wörtlich übernommen wurden, so in einem Schreiben vom Anwalt Michael Sommer an seinen Mandanten Rollenitz. Es bleibt nunmehr abzuwarten, ob die Stadt Wien ein Rechtsmittel (außerordentliche Revision an den Obersten Gerichtshof) erheben wird oder nicht. „Mein Rechtsanwalt Michael Sommer und ich gehen vom Ersteren aus“, so Rollenitz. Entscheidend beim Obersten Gerichtshof kann hier nur mehr die Rechtsfrage sein, inwieweit die Vorgehensweise der Stadt Wien rechtlich zulässig war oder nicht. Die zahlreichen Feststellungen zu Lasten der Stadt Wien bzw. den Wiener Linien können dort nicht mehr relativiert werden, so Anwalt Sommer.

FSG droht GLB mit Klage

Selbst wir vom GLB haben die Härte der FSG Gewerkschaft spüren dürfen und können bestätigen, dass auch uns seitens dieser Gewerkschaftsfraktion in der Causa Rollenitz mit Klagen gedroht und eingeschüchtern wurde. Grund für diese Einschüchterungstaktik der FSG war, dass wir 2008 auf unserer Website und in unserer Gewerkschaftszeitung „Der Winker“ über das Gerichtsurteil in erster Instanz berichtet haben. Dort haben wir die Missstände bei den Wiener Linien und die Rolle der dominieren-

den FSG-Personalvertreter in der Öffentlichkeit schonungs- und lückenlos aufgezeigt. Wir haben uns von FSG-Vertretern nicht einschüchtern lassen und haben uns gewehrt. Letztendlich musste auch die dominierende beleidigte FSG einsehen, dass es wenig Sinn macht, dem GLB als demokratische Gewerkschaftsfraktion bei seiner Arbeit zu stören, zu drohen oder einzuschüchtern und so musste die FSG ihre Rundumschläge gegen den GLB wieder einstellen. Gebracht hat es der FSG wenig, außer eine schiefe Optik und dass ihr wahres Gesicht deutlich wurde.

Wiener Linien wollen Vergleichsgespräche

Aus internen Kreisen ist zu hören, dass hier seitens des Wiener Rathauses in der Causa Rollenitz massiver Druck auf die Wiener Linien ausgeübt wird, da für das nächstes Jahr Gemeinderatswahlen anstehen. Mittlerweile, wurde uns auch von Rollenitz bestätigt, dass die Generaldirektion der Wiener Linien um Vergleichsgespräche ersucht haben. Rollenitz wörtlich: „Es ist richtig, dass es Gespräche gegeben hat, jedoch befürchte ich, dass es zu keiner gütlichen Lösung kommen wird, da die Gegenseite bisher nicht wirklich bemüht war, hier ernsthafte und adäquate Angebote vorzulegen.“

Erschütternd für mich ist, dass weder die GdG unter Hundstorfer, seinem Nachfolger Meidlinger, noch Simanov, Kaiser, Bauer, Wessely und die Arbeiterkammer je einen Finger für den Kollegen gekrümmt hatten. Gesalbte Sprüche in ihren verlogenen Aussendungen machen, ist alles. Das ist beschämend, für die Gewerkschaft, die AK, die Rathausverantwortlichen und nicht zuletzt für die Wiener Linien.

Gerhard Eder ist Stellvertretender Vorsitzender des GLB-GdG

Bahn von unten

Von Werner Beier

Von den im ehemaligen Generalverkehrsplan der schwarzblauen Regierung aufgelisteten Investitionsvorhaben im Volumen von 1,2 Milliarden Euro stehen wir 2009 bei bereits 2,174 Milliarden Euro und 2014 bei 2,5 Milliarden Euro. Selbstverständlich steht der GLBvida hinter sinnvollen Bau- und Investitionsvorhaben in die Zukunft modernen Schienenverkehrs, aber hier führt offensichtlich die Abgehobenheit eines Geflechts aus Politik und Wirtschaft die Alleinregie!

Wer all die Bauvorhaben unter die Lupe nimmt, dem drängt sich bald die Frage nach der Sinnhaftigkeit so mancher politischer, oft auf Landesebene beförderter Prestigeprojekte auf, denen vor allem eines fehlt: Das Gesamtkonzept. Da sprechen wir gar nicht von den sinnarmen „kleinen“ Details der Umsetzung, die den EisenbahnerInnen bei der täglichen Dienstverrichtung so auffallen. Gebaut wird jedenfalls, als wäre das Geld abgeschafft worden, aber so ist es eben nicht. Frisches Geld aus dem Budget gibt es nicht. Es sind Anleihen, die auf den teuren internationalen Finanzmärkten von den ÖBB genommen werden, um die politischen Wünsche zu erfüllen.

Wenn dann Infrastrukturministerin Doris Bures mit der im Hintergrund händereibenden Baulobby von „guten“ Schulden spricht, ist das die eine Seite der Medaille. Nur um es fest zu halten: Bauvorhaben dieser Größenordnung mögen in Zeiten kapitalistischer Abwärtsamplituden beschäftigungseffektiv sein und Investitionen in eine umweltfreundliche Schienenverkehrszukunft darstellen, aber spätestens hier zeigt sich die andere Medaille. Es kann nicht die Rolle der ÖBB sein, als Finanzumschlagplatz mit außerbudgetären, für Brüssel zurechtfrisierten Kreditmilliarden volkswirtschaftlich zugewiesene Aufgaben als Megaschuldner allein zu tragen.

Hier handelt es sich mittlerweile um einen zehn Milliarden schweren Schuldenrucksack, für den die ÖBB

(bzw. die EisenbahnerInnen) aus eigener Kraft vielleicht ein Drittel der Zinsen bedienen können und in schöner Regelmäßigkeit öffentliche Prügel einstecken müssen. Einer ÖBB die nach einer Milliarde Spekulationsverluste auch operativ rote Zahlen schreibt und der aktuell im Zuge der Krise der Güterverkehr als wichtigste Einnahmequelle wegbricht. Ob dieser Verkehr jemals wieder zurückgewonnen werden kann ist fraglich, denn einerseits fehlt der Bahn konzeptbedingt der logistische Vorteil der Straße, wo gut aufgestellte Transportkonzerne den Markt zum Dumpingpreis aufmischen und andererseits sind ausreichende umweltpolitisch-dirigistische Ansätze – im Gegensatz zur gern zitierten Schweiz – innerhalb dieser EU nicht vorhanden.

Wenn dann noch ein Friedrich Macher als ehemaliger Generaldirektor der Spedition Kühne+Nagel, Branchenvertreter und rabiater Bahngegner als Chef des ÖBB-Güterverkehrs agiert, drängt sich unwillkürlich die volkstümliche Redewendung vom „Bock als Gärtner“ auf. Dabei reiht sich Macher doch nur in die lange Reihe aktueller oder ehemaliger Bahnmanager ein, die entweder Politikgünstlinge waren und sind, oder zumindest über hinterfragungswürdige Biographien verfügen.

Vielen dieser Managerkaste ist zweierlei gemein: Die hohle Hand und ihre stereotypen Reaktionen auf Forderungen des Eigentümerversetzers nach Einsparungen, wie sie gerade im Zuge

des Finanzdesasters – siehe oben – gestellt werden, und das bedeutet in ihrer Mittelmäßigkeit stets nur den reflexartigen Griff zur Einsparungskeule, um sie auf die kleinen Bediensteten als vermeintlich einfachste Lösung niedersausen zu lassen. Der Katalog der zurzeit angedachten Unappetitlichkeiten reicht dabei von Massenkündigungen über Lohnraub bis zum Drücken der Arbeitsbedingungen auf europäischen Substandard.

Wie um das Sittenbild der ÖBB zu editieren, fand am 26. Mai in der Wiener Hofburg ein stilvolles ÖBB-Managermeeting statt. In Zeiten der Hiobsbotschaften wohl an Dekadenz unüberbietbar und eine offene Provokation der Belegschaft. Die hochdotierte und nach wie vor bonifizierte Unternehmensführung rief und sie kamen, um bei luxuriösem Catering und Champagnisieren auf einen harten Sparkurs eingeschworen zu werden. Wir sollten es endlich in die Stammbücher der Politik und Chefetagen schreiben: Wir kleinen Eisenbahnerinnen und Eisenbahner werden das nicht mehr schweigend erdulden. Eure Zechen bezahlen wir nicht und ohne uns seid ihr alle nichts!

Werner Beier ist stellvertretender Vorsitzender des GLBvida



Klare, kantige, linke Interessenpolitik notwendig

Interview mit Robert Eiter, Sprecher des OÖ Netzwerks gegen Rassismus und Rechtsextremismus

Eine Mehrheit der Jugendlichen, aber auch der Arbeiter hat 2008 FPÖ oder BZÖ gewählt. Mit den Stimmen der ÖVP und teilweise auch der SPÖ wurde der Burschschafter Martin Graf zum 3. Nationalratspräsidenten gewählt. Der Wahlsieger bei der Arbeiterkammerwahl 2009 war die FPÖ. Im EU-Wahlkampf erfuhr die Fremdenfeindlichkeit durch die hetzerische FPÖ-Propaganda eine neue Steigerung. Überhaupt nehmen rechtsextreme und rassistische Umtriebe massiv zu. Die personelle Verfilzung der FPÖ mit dem offenen Rechtsextremismus ist unübersehbar.

„Die Arbeit“ sprach darüber mit Robert Eiter, dem Sprecher des OÖ Netzwerks gegen Rassismus und Rechtsextremismus, in dem sich mehr als 50 antifaschistische Organisationen zusammengeschlossen haben.

Warum sind gerade Arbeiter so anfällig, aus Protest die FPÖ zu wählen?

Die Ursachen dafür sind sicher vielschichtig: Ein historisch bedingt großes autoritäres und fremdenfeindliches Potential in der österreichischen Bevölkerung, andererseits kein antifaschistisches Breitenbewusstsein, wenig demokratische Aufklärung und politische Bildung gerade in Haupt- und Berufsschulen, Angst und Verunsicherung angesichts der Wirtschaftskrise, keine klaren Antworten von SPÖ und ÖGB, kein überzeugendes Angebot links von der Sozialdemokratie. Insgesamt hat die österreichische Arbeiterbewegung – durch ihre inhaltlichen Versäumnisse, ihren Opportunismus und ihre autoritären Strukturen – den jetzigen Aufschwung der extremen Rechten wesentlich mitzuverantworten. Natürlich ist es vom objektiven Interesse der Arbeiter her gesehen dumm, wenn sie Burschschafter zu ihren „Vertretern“ wählen. Aber bei diesen Rahmenbedingungen fällt es schwer, ihnen das klarzumachen. Die richtige Antwort wäre eine glaubwürdige klassenkämpferische Politik. Nur: Die SPÖ will nicht und die KPÖ ist zu schwach.

War die Neonazi-Attacke von Ebensee bloß ein „Lausbubenstreich“, wie Strache meint?

Natürlich nicht: Das war juristisch eine schwere Straftat und politisch ein massiver Tabubruch. Wobei ich überzeugt bin, dass die fünf jugendlichen Täter nicht isoliert gehandelt haben, sondern aus einer rechtsextremen Szene heraus. Die Attacke auf die KZ-Überlebenden war minutiös vorbereitet: Da gibt es Hintermänner.

Wie aktuell ist das NS-Verbotsgesetz?

Aktueller denn je. Seit der Novelle 1992, die die bis dahin sehr hohen Strafuntergrenzen gesenkt hat, wird es auch wieder regelmäßig angewendet. Gerade in allerletzter Zeit hat es erfreuliche Urteile gegeben. Skandalöse Freisprüche wie beim BFJ-Prozess im November 2008 sind zwar herbe Rückschläge, aber Ausnahmen. Am Gesetz selbst gäbe es im Detail noch einiges zu verbessern, zum Beispiel dass auch braune Umtriebe von Österreichern im Ausland verfolgt werden können. Ich halte übrigens nicht viel von der Geschworenengerichtsbarkeit, aber die wird uns sicher noch länger erhalten bleiben. Die antifaschistische Bewegung darf das Verbotsgesetz nur als ein – wenn auch wichtiges – Instrument ansehen. Es kann die politische Arbeit keinesfalls ersetzen.

Wie sollten Gewerkschaften und



Arbeiterkammern der Rechtsentwicklung entgegenwirken?

Wie gesagt: mit klarer, kantiger, linker Interessenpolitik, die die Betroffenen in den Betrieben nicht nur anspricht, sondern möglichst auch aktiviert. Und mit einer betont antifaschistischen und antirassistischen Ausrichtung, die vor allem die gemeinsamen Probleme und Anliegen von in- und ausländischen Lohnabhängigen bewusst macht.

Das OÖ. Netzwerk gegen Rassismus und Rechtsextremismus hat eine beachtliche Breite erreicht. Welchen Stellenwert nimmt es in der Auseinandersetzung mit Rechts heute ein?

Oberösterreich ist meines Wissens die einzige Region in Europa, die es geschafft hat, dass sich alle relevanten antifaschistischen Organisationen vernetzen. Das bringt gleich drei Vorteile: erstens einen hohen gemeinsamen Informationsstand, zweitens das Bewusstsein, nicht isoliert zu sein, sondern sich mit vielen anderen zu engagieren, und drittens eine wesentlich größere Durchsetzungsfähigkeit gegenüber der offiziellen Politik. Mittlerweile sind wir auch regelmäßiger Ansprechpartner landes- und bundesweiter Medien. Trotzdem muss man realistisch bleiben: Das Netzwerk ist nur so stark, wie sich die Mitgliedsorganisationen einbringen. Es gibt ja keine Hauptamtlichen, nur Ansätze einer eigenen Organisation und nur ein winziges Budget.

Danke für das Gespräch.

BR-Wahlen ÖBB: Enttäuschung für den GLB

Von Werner Beier

Die am 5. Juni 2009 zu Ende gegangenen Betriebsratswahlen bei den Österreichischen Bundesbahnen brachten ein enttäuschendes Ergebnis für den Gewerkschaftlichen Linksblock. Von 27.527 gültigen Stimmen entfielen 220 oder 0,8 Prozent (2005 waren es 2,16 Prozent) an den GLB-vida. Das ergibt zwei Betriebsratsmandate ohne dem Ergebnis der Liste unabhängiger Zugbegleiter (LUZUB).

Einige Mandate wurden äußerst knapp verfehlt, was aber am gesamten Misserfolg letztlich nichts ändert. Diese Situation erfordert jedenfalls jetzt wegweisende Entscheidungen unter Einbeziehung aller AktivistInnen und FunktionärInnen, wie es mit dem GLBvida weitergehen soll. Die Tatsache, dass die Fraktion bei den ÖBB vor einem existenziellen Problem steht, ist trotz punktueller Erfolge nicht wegzuleugnen.

Der Erfolg hat viele Väter – der Misserfolg auch.....

Die Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter (FSG) konnte gegenüber der Wahl 2005 leicht zulegen und feiert sich mit knapp mehr als 92 Prozent als historischer Sieger. Im Siegestaumel bleibt aber gerne außer Acht, dass die Wahlbeteiligung um weitere fünf Prozentpunkte auf für ÖBB-Verhältnisse traurige 79,23 Prozent gesun-

ken ist. Werden die 1.174 ungültigen Stimmen dazu gezählt, so hat jede vierte Eisenbahnerin und jeder vierte Eisenbahner die Betriebsratswahl einfach verweigert.

Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Wahlverweigerung in der vielerorts bestehenden Monopolstellung der FSG begründet ist. Wo es keine Alternativen gibt, wird von kritischen Kolleginnen und Kollegen eben nicht oder ungültig gewählt und gerade hier sind wir am substanziellsten Problem des GLB bei den ÖBB: Es fehlen in den Betrieben ausreichend AktivistInnen und Kandidaten, die unsere Inhalte transportieren.

Diese Sorge drückt die FSG weit weniger, winken für allfällige Betriebsratskandidaten doch Karrieren und kleine Vergünstigungen, welche der GLB weder bieten kann noch will. Darüber hinaus und als vielleicht we-

sentlichster Punkt ist die Angst der Kollegenschaft zu nennen. Die Angst sich in einer zunehmend rauer werdenden Berufsumwelt interessenspolitisch für den GLB zu exponieren und sich damit möglicherweise Nachteile einzuhandeln.

In einem über das ganze Bundesgebiet reichenden Unternehmen mit zahlreichen Betrieben und Betriebsratswahlkreisen konnte der GLB daher aus Kandidatenmangel nur in einigen Enklaven antreten und wie überall war er dort mit der offensichtlich erfolgreichen Propaganda der FSG konfrontiert. Das rosarote, altbewährte Kochrezept lautete vereinfacht: Man male ein Schreckensszenario über die Zukunft der Bahn und Beschäftigten und erscheint die Solidaritätskeule schwingend als alleiniger, universeller Retter und Rächer. Diese Rechnung scheint sogar in Zeiten einer SPÖ-Regierung aufzugehen und leider kaum hinterfragt worden zu sein.

Werner Beier ist stellvertretender Vorsitzender des GLBvida

LuZUB erreicht 34 %

Auch bei der zweiten Betriebsratswahl der ÖBB wurde die Liste unabhängiger Zugbegleiter (LuZUB) mit 34% Zustimmung bestätigt. Ein besonderer Erfolg ist, dass damit ein Betriebsrat mit DBO-Vertrag (Sacha Marsoun) in die Betriebsratskörperschaft gewählt wurde. Damit sind auch Zugbegleiter mit DBO-Verträgen erstmalig direkt vertreten.

LuZUB hat sich, frei von Partei und Fraktionszwängen, zum Ziel gesetzt, für ihre KollegInnen das Bestmögliche zu erreichen, offene Projekte im Bereich Soziales und Kultur umzusetzen. Die letzten vier Jahre haben gezeigt wie erfolgreich solche Zusammenschlüsse

mit den richtigen Partnern sind. Gerade in Zeiten wo für alle Verschlechterungen das Wort „Wirtschaftskrise“ herhalten muss, ist eine ausgleichende, kritische Stimme wichtig. Von Seiten der Unternehmer, wird anstatt die menschliche Seite miteinzubeziehen,

nur mit Kennzahlen und Strategien der Gewinnmaximierung argumentiert. Wie zur Zeit die Einsparungen beim Vorzeigeobjekt „RaiJet“ beweisen. Kein ÖBB-Personal mehr bei den Nachtzügen, tagsüber muss ein Zugbegleiter für sämtliche sicherheitsrelevanten Tätigkeiten herhalten. Lohndumping auf andere Weise. Dieser Denkweise entgegenzusteuern und Rechte der Kollegen sowie Errungenschaften zu erhalten ist mit einer der Aufgaben von LuZUB.

Arbeitsrecht-Tipp: Kurzarbeit

Von Siegfried Pötscher

Von Kurzarbeit spricht man wenn vorübergehend die Normalarbeitszeit wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten herabgesetzt wird. Die ArbeitnehmerInnen arbeiten über mehrere Monate weniger. Meist kommt die Kurzarbeit wegen einer vorübergehenden schwachen Auftragslage zum Tragen.

Bei Kurzarbeit bleiben die Arbeitsverhältnisse aufrecht. Die Arbeitszeit wird reduziert. Die betroffenen Beschäftigten bekommen für die ausfallenden Arbeitsstunden einen teilweisen Lohnausgleich (Kurzarbeitsunterstützung). Die Lohnneibussen fallen dadurch geringer aus.

Während der Kurzarbeit erhalten die ArbeitnehmerInnen den Lohn für die Teilzeitarbeit plus die Kurzarbeitsunterstützung. Die Höhe der Kurzarbeitsunterstützung entspricht mindestens dem fiktiven Arbeitslosengeld für die ausgefallenen Stunden. Berücksichtigt werden darin der Wochen- bzw. der Monatsverdienst, der Alleinverdienerabsetzbetrag und die Anzahl der Kinder, für die Familienbeihilfe bezogen wird.

Kurzarbeit setzt immer eine Vereinbarung zwischen Wirtschaftskammer und Gewerkschaft voraus. In dieser Vereinbarung kann eine höhere Kurzarbeitsunterstützung vorgesehen sein. Grundvoraussetzung für die Kurzarbeit in einem Betrieb ist die Sozialpartnereinigung, in der die wesentlichen Details ausverhandelt werden. Ohne die Zustimmung der Gewerkschaft, des jeweiligen Fachverbandes, des AMS und des Betriebsrates können ArbeitgeberInnen die Kurzarbeit nicht einführen! Da Kurzarbeit mit Lohnkürzungen verbunden ist, müssen die betroffenen ArbeitnehmerInnen einverstanden sein.

Die Kurzarbeit ist stets befristet. In begründeten Fällen kann die Kurzarbeit auch verlängert werden. Der beantragte Zeitraum für die Kurzarbeit muss nicht voll ausgeschöpft werden – die Zahl der Ausfallstunden pro Woche kann reduziert oder die Kurz-

arbeit früher beendet werden.

Während der Kurzarbeit und eines anschließenden Zeitraums der gesondert vereinbart wird, sind ArbeitgeberInnen verpflichtet den Beschäftigtenstand zu halten. Ein individueller Kündigungsschutz besteht nur dann wenn dies z.B in der Sozialpartnervereinbarung so festgelegt wurde.

Während der Kurzarbeit werden die Sozialversicherungsbeiträge in derselben Höhe wie vor der Kurzarbeit weiterbezahlt. Das bedeutet, dass es im Falle einer späteren Arbeitslosigkeit der betroffenen Beschäftigten zu keinen Einbußen kommt. Das gleiche gilt für die Pension.

Folgende Punkte werden im Rahmen der Kurzarbeit zwischen Gewerkschaft und ArbeitgeberInnen gesondert vereinbart. Sie können deshalb von Betrieb zu Betrieb verschieden sein.

Urlaubs- und Weihnachtsgeld werden nach den meisten Kollektivverträgen auf Basis des Monatslohns vor der Sonderzahlung ausbezahlt. Kurzarbeit könnte sich damit negativ auf die Höhe der Sonderzahlungen auswirken. Es sollte daher ausverhandelt werden,



dass als Basis für Urlaubs- und Weihnachtsgeld immer die ungekürzte Wochenarbeitszeit gilt.

Sollte ein Kollektivvertrag ein Jubiläumsgeld für langjährige Betriebszugehörigkeit vorsehen, wäre zu vereinbaren, dass diese auf Vollzeitbasis zu berechnen ist.

Die Berechnung der Beendigungsansprüche erfolgt grundsätzlich auf Basis des letzten Monatsentgelts. Für den Fall der Beendigung des Arbeitsverhältnisses während der Kurzarbeit sollte vereinbart werden, dass die Abfertigung (alt) auf Vollzeitbasis zu berechnen ist.

Im Normalfall wird während des Urlaubs jenes Entgelt weiterbezahlt, das ohne Urlaubskonsum verdient worden wäre. Dies wäre während der Kurzarbeit das Entgelt auf Basis der gekürzten Wochenarbeitszeit (Teilzeit plus Kurzarbeitsunterstützung). Soll das Urlaubsentgelt auf Vollzeitbasis berechnet werden, müsste dies vereinbart werden.

Schönen Urlaub 2009!

Wir wünschen allen Kolleginnen und Kollegen einen schönen und erholsamen Urlaub 2009!

Fraktion Gewerkschaftlicher Linksblock im ÖGB (GLB)

* Karin Antlanger, GLB-Bundesvorsitzende

* Werner Beier, Barbara Buchacher-Kundi, Josef Stingl, Stv. GLB-Bundesvorsitzende

* Oliver Jonischkeit, GLB-Bundessekretär

* Redaktion „Die Arbeit“

Volksstimmefest 09



Hot Pants Road Club



Kollegium Kalksburg



Schmetterlinge

Am 5. und 6. September 2009 findet das 63. Volksstimmefest statt - mit dem Solidorf, der Initiativenstraße, dem Kultur- und Medienplatz'1, dem Sportfest, der Lesung „Linkes Wort“, der Roten Galerie im Grünen, dem Kinderland, den Ständen mit einem vielfältigen Warenangebot von Büchern bis Kunsthandwerk, kulinarischen Spezialitäten aus aller Welt und dem Programm auf vier Bühnen.



Tropicolumbia



IM INTERNETANGEBOT DER AK WIEN

- 24-Stunden-Arbeitsrechtsberatung ■ AK Onlineratgeber und Servicerechner ■ Beruf und Familie
- Bildung ■ Wohnen ■ Konsumentenschutz ■ Angebote für AK Mitglieder ■ AK Broschüren und Publikationen ■ AK FÜR SIE

wien.arbeiterkammer.at





◇ www.karl-bergen.at

GLB – Aktiv gegen die Zerschlagung der Post!

ÖFFENTLICHES MEDIUM

Dieses Medium liest der
„OBSERVER“
Österreichs größter Medienbeobachter